



Tätigkeitsbericht 2012-2013

der Allianz von Humanisten, Atheisten an Agnostiker
Lëtzebuerg a.s.b.l.



European **Humanist** Federation



IHEU
International
Humanist and
Ethical Union

Editorial

Liebe Mitglieder und Sympathisanten von AHA

Beginnen möchte ich dieses Vorwort mit einer Entschuldigung für die Verspätung beim Jahresbericht 2012, der aus diversen Gründen jetzt erst mit dem Jahresbericht 2013 zusammen erscheint. Beide Jahre hatten es für AHA allerdings in sich.

Ein Highlight war für uns das Einführen des Hasenfestes, als lockere Alternative zu Ostern. Das Hasenfest hat sich fest etabliert und soll auch weiterhin gefeiert werden. Interessant waren in diesem Kontext die Reaktionen des Chefs der Luxemburger Katholiken, der mehrmals mit recht skurrilen verbalen Entgleisungen auf sich aufmerksam machte und vor allem durch sein falsches Verständnis von Demokratie auffiel. „Kritik heißt bereits, dass man wahrgenommen worden ist.“, schrieb einmal der Münchner Biologe Prof. Josef Reichholf. AHA ist wahrgenommen worden und die Phasen des Ignorierens und Belächelns seitens der katholischen Kirche sind jedenfalls vorbei.

AHA war z.T. Vorwürfen ausgesetzt, sich nur mit der katholischen Kirche zu beschäftigen. 2013 hatten wir deshalb, nach der Debatte um den getrennten Schwimmunterricht im November 2011, zum zweiten Mal das Thema Islam ganz oben in der Agenda. Der Vortrag des deutsch-ägyptischen Islamkritikers Hamed Abdel-Samad, in Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg, war für mich persönlich einer der Highlights der letzten zwei Jahre.

Daneben gab es einen interessanten Vortrag zur Notwendigkeit der Religionskritik von Philipp Möller, und die Zahl der via AHA aus der Kirche ausgetretenen Menschen erreichte 4000.

Ansonsten waren die letzten beiden Jahre ganz klar politische Jahre. Auch wenn es etwas dauerte, so wurde doch letztendlich als Resultat der parlamentarischen Debatte vom 7. Juni 2011 eine Expertengruppe gegründet, die im Auftrag des Kultusministeriums die Verhältnisse zwischen Staat und Religionen unter die Lupe nehmen sollte. Auch AHA wurde von dieser Expertengruppe zu einem Gespräch empfangen

und konnte so die Position der nicht-gläubigen Menschen in deren Bericht mit einfließen lassen. Danach geschah lange nichts, bis Kultusminister Biltgen im März 2013 ein Seminar mit den „wichtigsten“ Religionsgemeinschaften sowie AHA und ALPE organisierte. Schließlich verließ Biltgen das sinkende Schiff und Premierminister Juncker übernahm höchstpersönlich das Kultusministerium. Nicht ganz überraschend geschah danach wieder nichts, bis sich die Ereignisse in anderen Bereichen der Politik dermaßen überschlugen, dass es bekanntlich im Oktober 2013 zu vorgezogenen Neuwahlen kam.

Der Regierungswechsel und vor allem der Wechsel des politischen Arms der Kirche (CSV) auf die Oppositionsbank der Abgeordnetenkammer wecken natürlich Hoffnungen. Aller bisherigen Aussagen der neuen Regierung sind recht vielversprechend. Die im Vorfeld dieser Wahlen ausgearbeiteten Forderungen von AHA finden sich quasi integral im Regierungsprogramm wieder. Jetzt allerdings müssen den Worten Taten folgen. AHA wird mit Argusaugen darüber wachen, dass die angekündigten Reformen im Hinblick auf die Situation in den Schulen sowie auf die finanzielle Trennung zwischen Religionen und Staat auch konkret umgesetzt werden.

Abschließen möchte ich mit einem großen Dankeschön. Die Aktionen von AHA sind nur möglich durch ihre Jahresbeiträge und Spenden. Nicht weniger wichtig erscheint die Tatsache, dass Ihre Mitgliedschaft das politische Gewicht von AHA erhöht. Dafür möchte ich mich ausdrücklich im Namen des gesamten Verwaltungsrats, bei allen Mitgliedern und Sympathisanten bedanken.

Dr. Laurent Schley
Präsident

31. Dezember 2013

Stellungnahme zum aktuellen Stand der Debatte um die Trennung von Kirche und Staat

20. Januar 2012

Durch den Vorstoß parteipolitischer Initiativen und zivilgesellschaftlicher Organisationen wie AHA Lëtzebuerg konnte Kultusminister François Biltgen von der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) 2011 dazu gezwungen werden, sich mit der Frage nach den Verhältnissen zwischen Staat und Religion zu befassen.

Im Folgenden nimmt AHA Stellung zu einigen Aspekten der aktuellen Debatte:

A) „GROUPE DE RÉFLEXION“

Das zwischenzeitliche Resultat der aktuellen Diskussion, die mit der parlamentarischen Orientierungsdebatte vom 7. Juni 2011 eingeleitet wurde, war die Schaffung einer so genannten „groupe de réflexion“, die über die zukünftigen Verhältnisse zwischen Staat und weltanschaulichen Organisationen beriet und deren Zusammensetzung wie Missionsbeschreibung am Mittwoch, den 18. Januar 2012 in der parlamentarischen Justizkommission vorgestellt wurden.

Die „groupe de réflexion“ setzte sich aus belgischen und französischen Experten zusammen, die einen vom Kultusminister vorgegebenen rigiden Fragenkomplex abarbeiteten statt sich eigenständig Gedanken zu machen.

AHA stand der Zusammensetzung der „groupe de réflexion“ mehr als skeptisch gegenüber: erstens engt die Tatsache, dass nur belgische und französische Experten eingeladen wurden die Sichtweise der Arbeitsgruppe ein. Die zusätzliche Verpflichtung von deutschen, britischen und anderen Experten hätte wahrscheinlich zu einer weitaus offeneren Expertengruppe geführt. Zweitens bedauerte AHA die Verlagerung der Debatte in einen geschlossenen Zirkel ausländischer Experten. AHA ist der Überzeugung, dass die Frage nach den Verhältnissen zwischen Staat und weltanschaulichen Organisationen nicht exklusiv in die Hände ausländischer Experten gehört, sondern vor allem im Rahmen einer öffentlichen, partizipativ ausgelegten Grundsatzdebatte behandelt werden müsste, in die neben den politischen Parteien auch die betroffenen Akteure vor Ort, darunter auch nicht-religiöse und laizistische Organisationen, einbezogen werden.

AHA lehnte den Fragenkomplex, mit dem sich die Experten befassen sollen, strikt ab. Die Fragestellung war nämlich äußerst suggestiv und drängte die Experten einseitig zu Antworten in Richtung des belgischen Modells. Stattdessen hätten sich die Experten mit der zentralen Frage befassen müssen, wie weltanschauliche Gerechtigkeit in Luxemburg erreicht werden kann.

B) DAS BELGISCHE MODELL UND DIE GEPLANTEN „MAISONS DE LA LAÏCITÉ“

Die „Maisons de la Laïcité“, die im Regierungsabkommen (2009) festgehalten wurden, sind ein Bestandteil des belgischen Modells, das Kultusminister Biltgen offenkundig anstrebt. Grob betrachtet würde dieses Modell dahin führen, dass die Privilegien der katholischen Kirche nicht abgebaut werden, wie es eine Trennung von Kirche und Staat jedoch erfordert. Stattdessen werden auch andere religiöse und nicht-religiöse Anschauungen finanziert, folglich also weltanschauliche Gleichheit durch Aufrüstung anstelle von Abrüstung. Im Rahmen dieses Modells sollen durch die öffentliche Finanzierung von so genannten „Maisons de la Laïcité“ religiöse Privilegien gerechtfertigt und beibehalten werden. Staatlich finanzierte „Maisons de la Laïcité“ sind demnach nichts anderes als ein gefährliches trojanisches Pferd von CSV und Bistum. Insgesamt führt das belgische Modell zwar einerseits dazu, dass nicht mehr einseitig die katholische Kirche privilegiert wird, was man im direkten Vergleich zur aktuellen Lage als relativen Fortschritt deuten könnte. Andererseits lässt es aber die entscheidende Frage offen, nämlich wer gemäß welcher Kriterien entscheidet, welche Religion oder weltanschauliche Organisation welche finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt.

AHA fordert als Idealmodell die klare finanzielle Trennung von Kirche und Staat, d.h. den Abbau von religiösen Privilegien anstelle des Aufbaus „laizistischer Privilegien“. AHA bleibt in der Debatte trotzdem dialog- und kooperationsbereit in Bezug auf die Ausarbeitung von Modellen, die eine Verteilung von finanziellen Mitteln vorsehen, die sich proportional zu den tatsächlichen weltanschaulichen Überzeugungen in der luxemburgischen Bevölkerung verhält – die erst einmal zu ermitteln wären – und damit der Selbstbestimmung des Einzelnen gerecht wird. AHA ist weiterhin der Überzeugung, dass kein Bürger gezwungen werden darf, Organisationen finanziell durch Steuergelder zu unterstützen, in denen es für Frauen in bestimmten Laufbahnen ein ideologisch motiviertes Berufsverbot gibt oder deren oberster Führer homosexuelle Menschen öffentlich als Gefahr für die Menschheit diskriminiert.

C) DIE NEUE STRATEGIE DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Mit der Ernennung ihres neuen Bischofs Hollerich hat die katholische Kirche in Luxemburg auch ihre Kommunikationsstrategie angepasst, die nun vor allem darin besteht, sich ein neues, weltoffenes und reformfreudiges Image zu verpassen. Besonderen Wert wird dabei scheinbar auf Dialogbereitschaft gelegt. Dieser Dialog – AHA konnte diese Erfahrung bereits machen – reduziert sich bisweilen aber nur auf Lippenbekenntnisse und wie wichtig es sei, miteinander zu reden. Solange die Kirche aber nur über das Reden reden will, sich aber im Schweigen übt, sobald es um konkrete Inhalte geht (z.B. Finanzierungsmodell, transparente Finanzen, usw.), ist dieser Dialog nicht viel wert und auch nicht fortzusetzen.

Teilnahme an einer Debatte im Kulturhaus Mersch: „Zeugnis ablegen“

26. Januar 2012

Am 26. Januar 2012 war AHA ins Merscher Kulturhaus eingeladen, um an einer Diskussionsrunde teilzunehmen zum Thema « Zeugnis ablegen ». AHA-Präsident Laurent Schley und ein Vertreter der katholischen Kirche läuteten den Abend mit etwa 10-minütigen Statements ein. Danach entbrannte unter der Moderation des Philosophen Raymond Weber eine muntere und z.T. heftige Diskussion, an der auch Vertreter der jüdischen Gemeinschaft und des Islam, sowie der Psychologe Gilbert Pregno, Direktor der „Fondation Kanner-schlass“, teilnahmen. Vor allem der katholische Vertreter Ehret kam durch pikante Fragen aus dem sehr zahlreichen Publikum immer wieder in Bedrängnis. Ihm gingen öfters die Argumente aus, so dass er sich z.T. nicht anders zu helfen wusste, als die Fragesteller verbal anzugreifen, was natürlich beim Publikum nicht sehr gut ankam.

„Mir vun AHA sinn der Meenung, dass et wichteg ass ëffentlech ze artikuléieren wann een net reliéis ass. Wann een bis eng Kéier verstanen huet wi d'Reliounen funktionnéieren, da fille mir eis als Atheisten, Humanisten an Agnostiker an der Verantwortung, fir dee reliésen Obskurantismus ze entlarven an eis géint Onwourechtchen ze wieren. Fir doriwer opzeklären wéi d'Reliounen d'Leit hei am Land iwert den Dësch zéien. Wat d'Leit mat där Information maachen, dat ass jidferengem selwer iwerlooss. Atheisten, Humanisten an Agnostiker wëllen informéieren mee natiirlech kengem eppes opzwengen. Dat ass den Ennerscheed zu de Reliounen.“

Auszug aus der Rede von Laurent Schley, Präsident AHA, Mersch, 26. Januar 2012



Laurent Schley (AHA, 3. v. l.) und der Psychologe Gilbert Pregno (4. v. l.) bei der Debatte mit den Religionsvertretern.

„Dekret“ der katholischen Kirche ist Augenwischerei

Pressemitteilung 7. Februar 2012

Anfang Februar 2012 erließ die katholische Kirche ein „Dekret“ betreffend ihrer finanziellen Leistungen in Anerkennung des Leids, das Opfern sexualisierter Gewalt durch Geistliche zugefügt wurde.

Soll man sich freuen, dass den Opfern überhaupt etwas gezahlt wird? Darüber, dass das Luxemburger Bistum trotz seiner – wie stets betont wird – leeren Kassen irgendwoher 500.000 € gezaubert hat, die auf mindestens einhundert Opfer aufgeteilt werden sollen? Denn jedes Luxemburger Opfer erhält laut Dekret maximal 5.000 €. In Irland zahlt man 60.000 € an jedes Opfer. In Oberösterreich empfinden die Opfer das Angebot einer Entschädigung für ein zerstörtes Leben in Höhe von 20.000 € als „verhöhnende Ohrfeige“.

Nicht nur, dass die misshandelten und missbrauchten Kinder die Untaten, die an ihnen begangen wurden, über Jahrzehnte verdrängten, weshalb sich die Frage stellt, warum die Kirche überhaupt hier auf Verjährung pocht. In Oberösterreich wird derzeit gerichtlich geklärt, ob die Verjährung nicht vielmehr mit Einsetzen der Erinnerung an die traumatisierenden Ereignisse einsetzen sollte. Nein, die Missbraucher nutzten ihre Vertrauensposition schamlos aus, um ihre Taten zu begehen. Innerhalb der Kirche wurden die Täter über Jahrzehnte gedeckt, die Taten verschleiert. Nicht nur einzelne Täter, sondern die Kirche als Institution hat sich schuldig gemacht und erwachsene Täter auf den Schultern von kleinen Jungen und Mädchen in ihre Obhut genommen anstatt die Unschuldigen zu schützen.

Und jetzt will sie sich in Luxemburg mit 5.000 € Maximum plus Therapiekosten davon freikaufen.

Wo sind die Stimmen der Empörung aus der Politik? Hat man den Luxemburger Premierminister Jean-Claude Juncker sein Entsetzen angesichts der Geschehnisse rund um den Missbrauch äußern hören? Hat man Junckers Kritik am Vorgehen der Kirche in diesem Zusammenhang vernommen, wie sie beispielsweise der irische Premierminister Enda Kenny am 21. Juli 2011 im irischen Parlament vorbrachte, dessen Rede einen Wendepunkt in den Beziehungen der Republik

Irland mit dem Vatikan bedeutete? Welcher Luxemburger Politiker betont, wie der irische Premier, dass Kinder zuerst kommen müssen, entschuldigt sich für Versäumnisse des Staates gegenüber seinen Kindern und gelobt, dass der Staat alles tut, was er kann, um seine Kinder zu schützen?

Solange das nicht geschieht, solange die katholische Kirche in Luxemburg Politiker wie Bevölkerung mit ein paar hingeworfenen Euro ruhigstellen kann, solange wird sich an der Kirchenpolitik des Blendwerks nichts ändern.

P.S. AHA erinnerte in diesem Kontext an ein Interview mit dem international anerkannten Experten Richard Sipe, welches wir am 18. Januar 2011 veröffentlicht hatten. Sipe lieferte tiefgründige Hintergrundinformationen zu den Ursachen des Missbrauchs und dessen Vertuschung. Zu finden auf www.aha.lu.

5.000 € FÜR EIN ZERSTÖRTE LEBEN?

Bistum schikaniert Austrittswillige

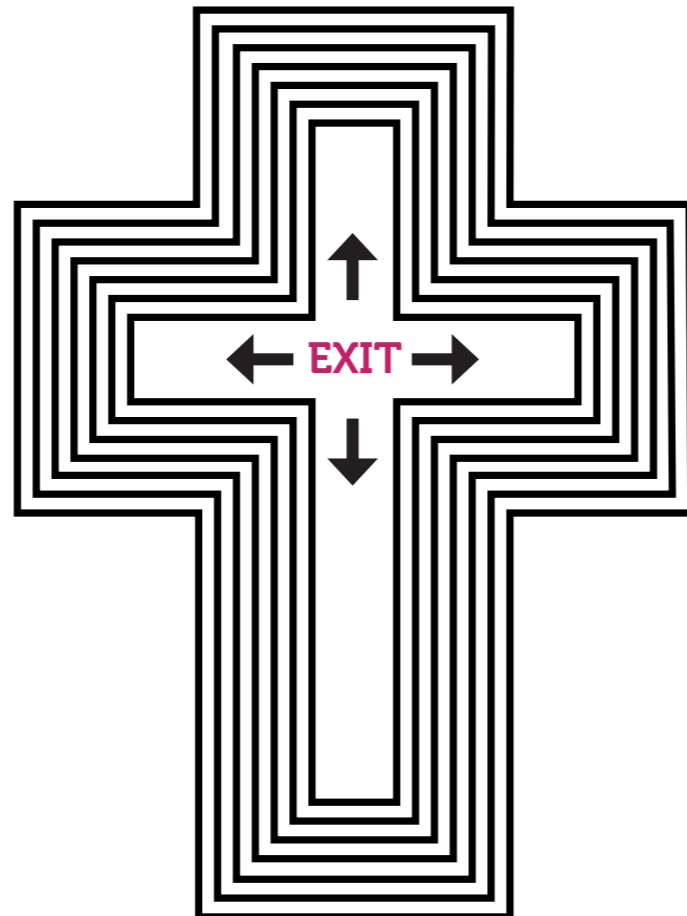
Pressemitteilung 6. März 2012

Seit Februar 2009 bietet die Internetplattform „www.fraiheet.lu“ die Möglichkeit, auf unbürokratische Weise aus der Kirche auszutreten. Bis zum heutigen Zeitpunkt haben rund 3600 Menschen diesen Dienst in Anspruch genommen. Auch wenn seitens des Bistums teilweise erhebliche und schwer nachvollziehbare Verzögerungen eintraten, so ließen sich die Interessenten nicht beirren; der Strom an Kirchaustritten vollzieht sich bis zum heutigen Tag ungebremst. Seit einigen Wochen jedoch scheint das Bistum Austrittswilligen durch fragwürdige Methoden den Weg in die Freiheit erschweren zu wollen. Obwohl die Austritte während fast drei Jahren ohne zusätzliche Schikanen beantwortet wurden, erdreistet sich das Bistum nunmehr, von den Bürgern überflüssige Angaben wie eine Kopie des Personalausweises, den Wohnort der Eltern zum Zeitpunkt der Geburt, das genaue Datum der Taufe usw. zu verlangen. Fragwürdig erscheint aus diesem Blickwinkel die Vorgehensweise der Geistlichen, da zuvor der Austritt ohne jegliche Datenerhebung erfolgen konnte. Hat sich mit der neuen Verwaltung unter Chef Jean-Claude Hollerich etwa die Qualität der Dienstleistungen verschlechtert? Oder wird eine härtere, intolerantere Linie gefahren?

Nicht nur, dass diese Forderungen in höchstem Maße zweifelhaft sind, sie sind zudem äußerst bedenklich, was die datenschutzrechtlichen Bestimmungen unseres Landes angeht. Die plötzliche Sammelwut des Bistums lässt vermuten, dass mittlerweile eine kritische Masse an Austritten erreicht wurde und die Verantwortlichen den persönlichen Wunsch ihrer Mitglieder nach Austritt alles andere als respektieren. Hat man Angst, dass die Zahl der Austritte ein politisch noch deutlicheres Signal sendet?

Die neue Masche des Bistums erscheint umso unsittlicher, da ja die Mitglieder der katholischen Kirche fast ausnahmslos kurz nach ihrer Geburt als unmündige Kinder sozusagen zwangsrekrutiert wurden. Wenn sie jetzt als mündige Erwachsene austreten wollen, werden sie unnötig schikaniert.

Auf diesem Wege ersucht AHA Lëtzebuerg das Bistum, dem wohlüberlegten und letztlich persönlichen Wunsch unserer Bürger, der Kirche nicht länger anzugehören, vorbehaltlos nachzugehen und nicht auf künstliche und unredliche Weise diesen Vorgang zu erschweren. AHA wird auch weiterhin seine Plattform „www.fraiheet.lu“ mit oberster Priorität behandeln und selbstverständlich und verlässlich alle eingesandten Austrittsgesuche an die zuständigen Stellen weiterleiten. AHA ruft alle Menschen, die nicht länger in der Statistik der Kirche geführt werden wollen dazu auf, endlich den politisch wichtigen Schritt zu machen und auszutreten.



„Diese Form der Selbstjustiz ist nicht im Interesse der Opfer“

Pressemitteilung 16. März 2012

Mehrfach hat AHA Lëtzebuerg bereits den unverantwortlichen Umgang mit dem katholischen Kindermissbrauchsskandal in Luxemburg angeprangert. Während in anderen Ländern auf höchster Ebene Untersuchungskommissionen eingesetzt werden, überlässt man in Luxemburg die Aufklärung des Skandals und seine Opfer derselben Organisation, welche die Peiniger jahrzehntelang gedeckt und deren Verbrechen vertuscht hat. Dass diese Form der Selbstjustiz nicht im Interesse der Opfer, sondern einzig und alleine dem guten Ruf der katholischen Kirche dient, scheint sich nun bestätigt zu haben.

Falls sich die Ereignisse bestätigen sollten, die in der L'essentiel-Ausgabe vom 16. März beschrieben wurden, muss das juristische wie politische Konsequenzen für die katholische Kirche haben: Laut L'essentiel soll ein Pfarrer, der des Kindsmisbrauchs überführt wurde, vom scheidenden Erzbischof Franck suspendiert worden sein. Sein Nachfolger, Erzbischof Hollerich, soll diesen nun wieder in die internen Strukturen integriert haben. Auch wenn diese Rehabilitation nur partiell war, wie der Kirchensprecher Théo Péporté in einer Stellungnahme mit Berufung auf die Unschuldsvermutung des belastenden Pfarrers mitteilt, sieht AHA diesen Vorwand als blanke Verhöhnung des Opfers. Es bleibt hervorzuheben, dass der vorige Erzbischof Franck, der nicht gerade für seine Weltoffenheit in innerkirchlichen Fragen bekannt war, bestimmt eine Suspendierung des Geistlichen nur als letzte Möglichkeit vornahm, nachdem er selbst von dessen Schuld überzeugt war. Somit ist die Aktion des jetzigen Erzbischofs Hollerich umso fragwürdiger und gibt tiefe Einblicke in die klare Dissonanz zwischen dem vorgeschobenen öffentlichen Schmusediskurs und den tatsächlichen Entscheidungen im Bistum.

AHA hofft, dass die Politik nun endlich erkennt, dass die katholische Kirche weder zur Aufklärung des Skandals beitragen kann noch dazu bereit ist, dies aufrichtig zu tun. Sie ist selbst ein maßgebliches Element des Problems.

AHA fordert eine transparente und neutral durchgeführte Untersuchung, was die Rolle der katholischen Kirche als Akteur im Missbrauchsskandal betrifft, so wie es für jede andere Organisation oder Institution selbstverständlich wäre.

„Wenn aber dein Bruder sündigt, so geh hin, überführe ihn zwischen dir und ihm allein!“

Mt 18,15-17 15

Huesefest 2012: Hoppel dech fräi!

7. Abrëll 2012

HUESEFEST-PARTY

DEN SAMSTEG 7. ABRËLL 2012 | AM EXIT 07

Programm:

„Katastrof Ouschteren“ mam Philosoph Lambert Schlechter

„Stitt op, wann der Ouschterhuese sidd!“ mat den Kabarettisten Jemp Schuster a Michèle Turpel.

E kleng Sprong fir mech, e grouse Sprong fir d'Gesellschaft. D'Fréijoer ass do! An de Bëscher, op de Wisen, ma och an den Dierfer wéi an de Stéit kennt nees Saaft an d'Bengelen a ginn d'Miissecher nees op. Wann déi éischt Sonnenstrahlen d'Sënner këddelen, da kennt d'Zäit vun der Léift an der Fruchtbarkeit. Ob Männlein a Weiblein, Weiblein a Weiblein, Männlein a Männlein, ob alleng, zu 2 oder zu méi, d'Fréijoer ass d'Fest vun der Fräiheet an der Liewensfreed. Dofir steet den Hues mat sengen décken Eeër als Symbol vum Liewen.

D'Fréijoer ass och d'Saison vun de neie Chancen, wou sech d'Natur erneiert, wou dat Ofgestuewent zu Humus gëtt, aus deem dann eppes Neies entstoe kann. Als Deel vun der Natur bidd sech déi Chance och fir de Mënsch. Och hien ka sech erneieren, dat Aalt ofleeën a Neies ugoen. Dobäi muss et net noutwenigerweis em de Wanterspeck an de bleichen Teint goen, ma och eis Gewunneschten, eis Grondsätz kënnen mer mat neier Energie iwwerdenken. Soumat ass d'Fréijoer och e gudden Zäitpunkt fir aus der Kierch auszutrieden; zemols dann, wann ee souwisou net méi vill mat hir um Hutt huet.

ASOU? WISOU DANN DAT?!

Majo well d'Kierch ënnert anerem déi Fräiheeten aschränke wëll, déi d'Fréijoer eis bréngt. Wann et der Kierch noheet, dann dierfs du déng Fréijoersgefiller erréicht dann mat aneren deelen, nodeems du virun hirem Altar passéiert bass, an och dann nach laang net mat egal wiem. Hälls de dech net un hir Geboter, da bass de mam Däiwel, gëss nom Doud net einfach zu Humus, mä gëss gebroden an hiner Hell – sou soen se. Iwwert dës verstëppste Sexualmoral kéint sech eisereen jo lëschtge maachen... Mat der Kierch ass

awer net ze spaassen: wa si géint d'Verhütung priedgt, sou gëtt se an aneren Deeler vun der Welt zur déidlecher Gefor. Den Hues op alle Fall steet fir „Safer Sex“, hien verstoppt séng Gackelcher, a verbreed sou Freed statt Leed.

Ma och a Saache Gläichberechtigung vu Männlein a Weiblein huet sech d'Kierch no 2000 Joer nach ëmmer net weiderentwéckelt: d'Fra läit ënnen an de Mann läit uewen. E Positiounswiessel ass net a Siicht. Du fënns dat net gutt? Domm gaang! Zu Lëtzebuerg muss du nämlech d'Kierch och dann matfinanzéieren an ënnerstëtzen, wanns du mat hirem Hokuspokus näischt um Hutt hues. Och als Karteiläich am Dafregester gëlls du als Katholik an zementéiers der Kierch hir Muecht a Privilegien.

SETZ EN ZEECHEN! HOPPEL DECH FRÄI!

Maach den Huesesprong an trëtt aus der Kierch aus. Fir dech ass et villäicht just e kleng Sprong, fir d'Gesellschaft awer ass et ee grouse Saz: zesumme weise mer, datt d'Kierch besser hätt sech mat der Sexualitéit hannert den eegene Maueren ze befaassen ewéi mat eise Fréijoersgefiller. Datt mer kee verstëppstent Buch brauchen, fir gutt Mënschen ze sinn an datt mer d'Kierch an hirt Onwiesen net méi ënnerstëtze wëllen! Dofir feier mat eis de 7. Abrëll d'Huesefest, den Antrëtt an d'Fréijoer an den Austrëtt aus der Kierch!



Oktave-Predigt: Besorgnis erregendes Toleranz- und Demokratieverständnis bei Erzbischof Hollerich

Pressemitteilung 2. Mai 2012

Wenn ein katholischer Erzbischof von der Kanzel predigt, dass Kirchenkritik und das Hinterfragen von Religion intolerant und undemokratisch sei, dann zeugt das von einem äußerst Besorgnis erregenden Toleranz- und Demokratieverständnis. AHA verbietet niemandem, eine Kirche zu besuchen, zu beten oder an die Existenz von Fantasiegeschöpfen zu glauben. AHA macht lediglich Gebrauch vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Darüber hinaus stellen Kirchen- und Religionskritik keine Gefahr für die Demokratie dar, sondern sind *per se* eine gesellschaftliche Bereicherung, da die Voraussetzung für jedweden Fortschritt im Hinterfragen des Bestehenden liegt. Und gerade wenn Religion vom Staat finanziert wird, d.h. der Steuerzahler für deren Unterhalt aufkommen muss, ist es selbstverständlich, dass dieser die Religion auch kritisch hinterfragen darf. Natürlich verfügt auch Herr Hollerich über dasselbe Recht, seine Meinung frei zu äußern: Er darf und soll die Positionen von AHA oder anderen kirchen- und religionskritischen Organisationen nach Lust und Laune kritisieren und hinterfragen, da dies zu einer offenen Debatte über Sinn und Zweck von Religion beitragen kann. Herr Hollerich sollte es aber tunlichst vermeiden, Meinungen, die von seiner eigenen abweichen, ins undemokratische und intolerante Abseits zu schieben, um diese somit zu diffamieren. Davon abgesehen ist es schon erstaunlich, dass gerade ein Vertreter der katholischen Kirche anders denkenden Menschen Intoleranz unterstellt. Zur Erinnerung: Es ist die katholische Kirche, die keine Gleichberechtigung von Mann und Frau kennt, die Homosexualität als Selbstzerstörung der Menschheit betrachtet und die allen Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben und zu sterben haben (siehe Euthanasie, Abtreibung, usw.). Einen zusätzlichen Blick in die Geschichtsbücher wollen wir uns an dieser Stelle ersparen. Schlussfolgernd sei noch einmal daran erinnert, dass es der Vatikan als Kirchenstaat noch immer nicht für nötig empfunden hat, die UN-Menschenrechtskonvention zu unterschreiben. In diesem Sinne empfehlen wir Herrn Hollerich einen vorsichtigeren Umgang mit Begriffen wie Toleranz und Demokratie.

Beziehungen Staat - Religionsgemeinschaften AHA trifft „Groupe de réflexion“

Pressemitteilung 11. Juni 2012

Am Montag, den 11. Juni 2012 traf sich eine Delegation der Allianz vun Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg a.s.b.l. (AHA) mit der von der Regierung eingesetzten Expertengruppe, welche sich mit den Beziehungen zwischen Religionsgemeinschaften und Staat beschäftigten.

AHA begrüßte, dass sich endlich mit dem Thema öffentlich beschäftigt wird, bedauerte aber gleichzeitig, dass die von Minister Biltgen vorgegebene Missionsbeschreibung der Expertengruppe recht wenig Spielraum für eigene Überlegungen ließ. Es schien klar, dass Minister Biltgen versuchte, mit der Einführung einer „Maison de la Laïcité“ ein Alibi für die weitere Finanzierung der Religionsgemeinschaften zu schaffen. AHA und die Expertengruppe waren sich einig, dass schon allein der Name „Maison de la Laïcité“ unsinnig ist.

Was die Finanzierung der Religionsgemeinschaften angeht, so machte AHA der Expertengruppe klar, dass hierfür ein Modell benötigt wird, das folgenden Kriterien entspricht:

1. Proportionalität: Die Finanzierung von Religionen und anderen nicht-religiösen Weltanschauungen muss in jedem Fall proportional zu deren gesellschaftlicher Repräsentation durchgeführt werden.
2. Selbstbestimmung: Jeder Bürger muss selbst frei entscheiden können, ob er/sie eine Religion mitfinanzieren will oder nicht, so dass der Staat auch dann endlich die Verfassung respektieren würde, die ja im Artikel 20 besagt « Nul ne peut être contraint de concourir d'une manière quelconque aux actes et aux cérémonies d'un culte ».
3. Gesellschaftlicher Zusammenschluss: Ein Konventionssystem, in der Religionen vom Staat finanziert werden, begünstigt die staatlich geförderte « religiöse Aufrüstung » sowie eine gesellschaftliche Segregation. AHA ist der Meinung, dass es in unserer modernen und pluralistischen Gesellschaft Zeit ist für religiöse Abrüstung. Gerade in Krisenzeiten müsste (auch) in diesem Bereich gespart werden.

4. Respekt der demokratischen Werte: Das aktuelle System entspricht nicht den demokratischen Werten unserer Gesellschaft. Wenn z.B. das Chancengleichheitsministerium der Regierung Kampagnen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchführt, so kann nicht dieselbe Regierung Religionsgemeinschaften finanzieren, die Frauen und Homosexuelle aktiv diskriminieren.
5. Transparenz: Jede von Steuergeldern finanzierte Institution müsste ihre Finanzen in aller Transparenz offenlegen und nach demokratischen Prinzipien geführt werden (z.B. mit einem von den Mitgliedern gewählten Vorstand). Aktuell entspricht keine der in Luxemburg anwesenden Religionen diesen Kriterien.

Aufgrund dieser Kriterien spricht sich AHA nach wie vor für eine strikte finanzielle Trennung von Religion und Staat aus. Andere Modelle würde man nicht kategorisch ausschließen, wenn sie den oben genannten Kriterien entsprächen. Bisher hat das Kultusministerium aber noch keine konkreten und sinnvollen Alternativen vorgelegt. Eine strikte Trennung würde übrigens auch nicht heißen, dass das aktuelle Personal auf die Straße gesetzt werden müsste.

Ein weiteres Thema des Gesprächs mit der Expertengruppe war die Präsenz der katholischen Kirche in den Schulen. Dies ist laut AHA in einem modernen Staat wie Luxemburg im 21. Jahrhundert nicht angemessen. In einer pluralistischen Gesellschaft ist es mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt gerade bei der Wertevermittlung von größter Bedeutung, dass die Schüler alle zusammen in einem neutralen Werteunterricht sitzen und nicht wegen der religiösen Überzeugungen ihrer Eltern getrennt unterrichtet zu werden.

Ein drittes Thema waren die Gebäude wie Kirchen und Kapellen. Diese stehen größtenteils leer. Da sie meist Eigentum der Gemeinden sind und diese sie der Kirche nur dann zur Verfügung stellen müssen, wenn sie sie wirklich braucht fordert AHA, die realen Bedürfnisse genauestens zu analysieren. Alle Gebäude, die nicht tatsächlich benötigt werden, sollten anderwärts – weltlich – genutzt werden können.

Fête Nationale 2012

LETTRE OUVERTE DU 20 JUIN 2012 À

Mesdames et Messieurs les ministres
Mesdames et Messieurs les députés
Mesdames et Messieurs les membres du Conseil d'Etat
Au collège des bourgmestres et échevins
A tous les élu(e)s communaux

Mesdames et Messieurs,

Par la présente nous nous permettons de vous exposer quelques réflexions concernant la fête nationale au Luxembourg, et en particulier concernant le fait que l'acte officiel de cette fête – à savoir le Te Deum dans la cathédrale de Luxembourg – a actuellement une connotation fortement religieuse et univoque.

Nous voyons la fête nationale comme un événement important dans le calendrier luxembourgeois, qui devrait à notre avis être conçu de sorte à ce qu'il puisse être célébré par tous les citoyens luxembourgeois respectivement par tous les gens vivant au Luxembourg, indépendamment de leurs vues religieuses ou conceptions philosophiques, de manière à entraver toute discrimination idéologique éventuelle.

Cette idée devrait, selon notre association, particulièrement s'appliquer à l'acte officiel de la fête nationale. Or, force est de constater que l'acte officiel consiste dans la célébration du Te Deum qui se déroule au sein de la cathédrale de Luxembourg et qui est donc manifestement entaché par une connotation religieuse manifeste, et en particulier catholique en dépit de la présence de chefs religieux d'autres confessions.

Néanmoins, l'étude CEPS/Instead publiée en février 2011 a montré, p.ex., que 53% des personnes au Luxembourg ne pratiquent pas de religion, et seulement une minorité, en l'occurrence 28%, ont indiqué qu'ils croient encore en un dieu personnel tel que propagé par les trois grandes religions monothéistes. Depuis février 2009, au moins 3800 personnes ont déclaré officiellement leur souhait d'être rayées du registre des baptêmes de l'église catholique, acte délibéré, contrairement au baptême lui-même. Vu ces déve-

loppements, il semble fort probable qu'une grande partie des citoyens de notre pays ne puissent plus s'identifier avec le Te Deum.

Nous supposons que c'est à cause de cette problématique que la Chambre des députés a voté, en date du 7 juin 2011, une motion qui invite notamment le gouvernement « à réfléchir sur une réorganisation des manifestations pour la célébration de la fête nationale ». Néanmoins, depuis, c'est le silence absolu qui règne dans ce domaine.

A notre avis, l'acte officiel devrait être célébré dans un cadre qui ne fait pas référence aux croyances religieuses des citoyens. On pourrait imaginer plusieurs alternatives, dont, à titre d'exemple, les suivantes :

- L'acte officiel pourrait se dérouler dans la Chambre des députés en tant que siège des représentants du peuple. Cette option aurait néanmoins le grand désavantage qu'elle ne permettrait pas la participation du public.
- Une autre option serait de célébrer l'acte officiel dans un endroit qui permettrait l'accès du public, p.ex. au Grand Théâtre de Luxembourg, ou un autre endroit approprié à caractère non religieux.

Nous aimerions également préciser que, selon les principes de la liberté d'opinion et d'expression dans notre pays, l'église catholique et les autres communautés religieuses sont bien sûr libres d'organiser des cérémonies religieuses en relation avec la fête nationale, séparément ou conjointement, selon leurs propres idées et aspirations. Le seul aspect qui importe à notre association est que l'acte officiel de la fête nationale ne devrait pas faire partie intégrante de telles cérémonies, ni permettre à ces dernières une récupération ostensible à leurs fins, tel que, malheureusement, souvent mis en avant par les instances impliquées.

Nous savons inopinément bien, que votre non-participation au Te Deum, en tant qu'élu, posera un signal fort et manifeste, visible à une large communauté et partant marquera également un attachement tout

particulier aux valeurs profondes d'une société moderne respectueuse de tous les habitants de notre pays. Néanmoins, c'est par ce genre de témoignage, que vous contribuerez activement à un changement de mentalité au sein du Grand Duché et qui tient compte de l'évolution sociétale inéluctable qui est en train de se produire partout en Europe citoyenne. Votre action sera d'autant plus appréciée qu'elle se trouvera en accord et en congruence avec vos convictions philosophiques personnelles.

C'est pour les raisons exposées ci-dessus que nous vous saurions gré de bien vouloir considérer, de manière introspective et réfléchie notre lettre.

AHA zum Welt-Alphabetisierungstag

7. September 2012

Eines der Hauptanliegen von AHA Lëtzebuerg ist Aufklärung und Förderung von Wissen. Seit 1965 findet jährlich am 8. September der Welt-Alphabetisierungstag statt. Zu diesem Anlass will AHA Lëtzebuerg darauf hinweisen, dass weltweit rund 800 Millionen Menschen nicht lesen und schreiben können und diesen Menschen damit der Zugang zu Wissen und Informationen weitgehend verwehrt bleibt.

Indem die Grundfertigkeiten Lesen und Schreiben in weniger privilegierten und entwickelten Regionen der Erde gefördert und somit die Voraussetzungen zum Zugang zu Wissen geschaffen werden, wird aktiv dazu beigetragen, Armut zu bekämpfen und den Menschen eine Perspektive und ein Leben in Würde zu ermöglichen. Darüber hinaus erlauben Lesen und Schreiben sich zu bilden, die eigene Lebenssituation kritisch zu hinterfragen, sich freigeistig zu emanzipieren. Sie können somit auch dazu beitragen, religiösen Obskurantismus zu überwinden, dessen Praktiken in vielen Regionen der Welt für Unterdrückung vor allem von Mädchen und Frauen verantwortlich sind.

Selbstverständlich wollen wir niemandem verbieten, an Götter oder Geister zu glauben. Wir setzen uns aber dafür ein, dass sich die Menschen jene Instrumente aneignen können, um solche Vorstellungen samt Konsequenzen zu hinterfragen.

Wir leben in einem Land, wo unsere Kinder nicht nur über das Recht verfügen, eine Schule zu besuchen; sie sind sogar dazu verpflichtet. In vielen anderen Regionen der Welt ist ein Schulbesuch und damit auch das Lesen und Schreiben alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Wer diesem Missstand entgegenwirken möchte, kann dies mit einer Spende an eine Hilfsorganisation tun, die sich in den betroffenen Regionen der Welt für die Förderung von Bildung einsetzt, so zum Beispiel:

Unity Foundation: www.unityfoundation.lu

Unicef: www.unicef.lu

SOS Villages d'Enfants: www.sosve.lu

ABC

Université catholique de Luxembourg ?

22 octobre 2012

Lettre ouverte à M. Rolf Tarrach (22 octobre 2012), recteur de l'Université du Luxembourg, relative à l'organisation d'un workshop intitulé « Les conséquences de la déchristianisation pour la société européenne » par la Konrad Adenauer Stiftung en collaboration avec l'Archidiocèse du Luxembourg et l'Université du Luxembourg

Monsieur le Recteur,

En tant qu'association regroupant les personnes athées, humanistes et agnostiques sur le territoire du Luxembourg, AHA Lëtzebuerg suit évidemment de très près tous les événements sociétaux touchant entre autres de près ou de loin les aspects religieux dans notre pays. L'organisation du colloque sus-mentionné appelle, d'après notre entendement, certaines questions d'ordre fondamental par rapport aux missions et du code déontologique de l'Université du Luxembourg, dont vous êtes le premier garant moral.

Premièrement, nous nous étonnons singulièrement qu'un colloque organisé par une association à vocation chrétienne, à savoir la Konrad Adenauer Stiftung, secondée par l'Archidiocèse du Luxembourg, trouve le support de l'Université du Luxembourg à tel point qu'elle n'héberge pas seulement ladite conférence au sein de ses murs mais qu'elle s'y associe de manière intime en tant que coorganisatrice de cet événement. Ce modus operandi est d'après nous en conflit flagrant avec les principes fondamentaux de l'Université, tels qu'énoncés au sein de votre loi organique du 12 août 2003, notamment l'article 3(1) définissant l'éthique et la méthodologie que l'Université s'engage à suivre en son sein.

En effet, en passant en revue les intervenants, leur curriculum et le titre de leurs exposés, force est de constater que le message véhiculé sera unidirectionnel et non contradictoire et partant peu propice à un débat scientifique et ouvert sur la thématique, et ne pourra remplir « un exposé objectif des principaux courants de pensée » tel que vos principes fondamentaux l'exigent notamment. Alors qu'un tel débat en soi n'est pas critiquable, il y a donc lieu de constater que ce débat contradictoire n'aura même pas lieu et s'articule donc plutôt comme prosélytisme autour d'une idée centrale, c'est-à-dire que la déchristianisation ne comporte en soi qu'un impact négatif pour nos sociétés en Europe. L'annonce des titres des conférences ne laisse, hélas, planer aucun doute sur cette conclusion.

Que des universités catholiques, telles que Université catholique de Louvain ou l'Université catholique de Lille pour ne citer que celles-là, organisent de telles conférences nous semblent en parfaite adéquation par rapport à leurs champs d'action, mais que l'Université du Luxembourg co-organise un tel débat unilatéral nous semble préjudiciable et incompatible par rapport à ses missions ouvertement publiées (mission statements) qui s'inscrivent notamment dans le respect de l'identité et des idées (respect for the identity and ideas of others), le dialogue ouvert entre civilisations et courants d'idées (dialogue between civilisations) et la contribution à la cohésion sociétale au Luxembourg (public forum of deliberation and interpretation for Luxembourg society and its contribution to its social cohesion).

Partant, nous voyons donc bel et bien le risque d'une instrumentalisation de l'Université du Luxembourg par les différents mouvements catholiques organisateurs du colloque, qui dans leur analyse pertinente, voient bien un déclin de leur influence, en net recul dans nos sociétés ouvertes, et qui par ce moyen essayent de reprendre une position qu'elles occupaient jadis et qui était loin de principes fondamentaux d'une société éclairée, basée sur un humanisme moderne, dont ils ne sont nullement l'inventeur. D'ailleurs, rappelons à cet endroit que bon nombre de pères fondateurs de l'Europe, contrairement à ce qui est stipulé dans le préambule de la conférence et dont les noms sont délibérément évincés de cette liste, étaient des personnes laïques et non assujettis à quelque mouvance déiste, sans pour autant vouloir dénigrer les mérites des personnes citées, dans la construction de l'Europe.

Agissant comme porte-voix de nos membres au Luxembourg, AHA Lëtzebuerg souhaite donc que vous interveniez afin de rectifier par des mesures appropriées ces dérives afin de contrecarrer de manière ferme et déterminée les diverses doléances mentionnées dans la présente lettre. Nous ne doutons à aucun moment que dans une approche d'ouverture démocratique vers la société civile et dans un souci de transparence, vous souscriviez, Monsieur le Recteur, à notre requête.

Veuillez agréer, Monsieur le Recteur, l'expression de notre haute considération.

NON à la nomination d'un commissaire européen sexiste, homophobe et rétrograde!

Communiqué de presse 15 novembre 2012

Afin que l'Europe puisse continuer à défendre et à promouvoir l'humanisme et le droit des femmes, AHA Lëtzebuerg (Allianz vun Humanisten, Atheisten an Agnostiker) a fait appel aux députés luxembourgeois au parlement européen, à savoir Mme Astrid Lulling et MM. Georges Bach, Frank Engel, Robert Goebbels, Charles Goerens et Claude Turmes de voter contre la nomination de Monsieur Tonio Borg, actuel ministre des affaires étrangères de Malte, au poste de commissaire européen à la santé.

AHA Lëtzebuerg a donc apporté son soutien à l'appel lancé par la Fédération Humaniste Européenne contre la nomination en question.

Monsieur Borg est bien connu pour ses prises de position contre l'avortement, le divorce, les droits des homosexuels, qui sont contraires à la promotion et à la défense des droits humains défendus par l'Union européenne.

La position de M. Borg sur l'avortement est bien plus conservatrice que ce qui est couramment défendu en Europe et il a déjà affirmé que son opposition à l'avortement serait sans appel, quel que soit le contexte. Il considère qu'en tant que politique, il n'a aucune responsabilité dans la protection des couples de même sexe. Par ailleurs, M. Borg a voté contre la légalisation du divorce en 2011, approuvé par une majorité à la chambre des représentants de son pays. Tonio Borg a été critiqué pour le traitement général des demandeurs d'asile aussi bien que pour le rapatriement d'un groupe d'Érythréens, renvoyés dans leur pays au mépris du fait qu'ils y étaient en danger. M. Borg a rejeté les recommandations du commissaire du Conseil de l'Europe pour les droits humains de changer des pratiques trop dures de détention.

Abtreibung: fauler Kompromiss

Pressemitteilung 22. November 2012

AHA Lëtzebuerg hat die Protestaktion des Collectif „Si je veux“ gegen den faulen Kompromiss der Regierungsparteien in Sachen Abtreibung unterstützt. Gerade in bedeutsamen Lebenssituationen spielt das Recht auf Selbstbestimmung eine herausragende Rolle, so auch in der Frage nach einem möglichen Schwangerschaftsabbruch. Wie nicht anders zu erwarten, hat die CSV mit „himmlischer“ Beihilfe alles daran gesetzt, das Selbstbestimmungsrecht der Frau zu unterminieren - leider mit Erfolg. Wieder einmal werden religiös motivierte Freiheitseinschränkungen nicht nur Kirchenmitgliedern, sondern der gesamten Gesellschaft aufgezwungen.

Als AHA Lëtzebuerg werden wir uns auch in Zukunft für die Selbstbestimmung aller Menschen einsetzen.

AHA verwies in diesem Kontext auch auf die Pressemitteilung vom 18. März 2011!

Reaktion von AHA Lëtzebuerg auf den Expertenbericht betreffend die staatlichen Beziehungen mit Religionen und nicht religiösen Organisationen

Pressekonferenz mit Pressemitteilung - 23. November 2012

Reaktion von AHA Lëtzebuerg auf den Expertenbericht betreffend die staatlichen Beziehungen mit Religionen und nicht religiösen Organisationen

4 THESEN ZUR TRENNUNG VON KIRCHE UND STAAT:

- „Biltgens suggestive Missionsbeschreibung fast überwunden...“ – Der Expertenbericht bietet erstmals einen guten Überblick, geht aber in seinen Analysen nicht weit genug.
- „Es gibt keine religiösen Kinder, es gibt nur Kinder religiöser Eltern!“ – Schluss mit religiöser Segregation in der Schule! Eine neutrale Wertevermittlung für alle Schüler!
- „Religion ist Privatsache, und eine zweifelhafte dazu...“ – Für die strikte finanzielle Trennung zwischen Staat und Religion! Laizismus in der Verfassung verankern!
- „Pimp my Church!“ – Gemeindeeigene Kirchengebäude umfunktionalisieren!

EINLEITUNG

1) Ein überfälliger Überblick: trotz der äußerst suggestiven Missionsbeschreibung seitens des Kultusministers, in der keine grundsätzlichen Fragen gestellt wurden, ist es den Experten gelungen, erstmals einen Überblick über die gesamte Thematik zusammenzustellen, der zudem zeigt, wie dringend notwendig eine Reform ist. Bisher musste dem Kultusminister jedes noch so kleinste Detail aus der Nase gezogen werden.

2) Ungünstig ist leider die Zusammensetzung der Expertengruppe gewesen. Zwar hat sie einen politisch ausgewogenen Eindruck vermittelt, eine wirklich internationale Besetzung haben wir aber vermisst. Zusätzlich zu französischen und belgischen Experten hätten wir auch gerne Fachleute aus Deutschland oder Großbritannien in der Gruppe gesehen, was in Bezug auf die Modelle zu einem ausgeglicheneren Bericht geführt hätte.

3) Auch bemängelt AHA Lëtzebuerg, dass im zweiten Teil des Berichtes zwar auf einige Modelle im Ausland eingegangen wird, die Ausführungen darüber hinaus aber nicht sehr nützlich sind, da keine systematische Analyse theoretischer Modelle samt Vor- und Nachteile durchgeführt wurde. Es wäre sehr hilfreich gewesen, auf der Grundlage einer direkten Gegenüberstellung verschiedener Modelle (heutiges Konventionsmodell, Kirchensteuermodell, strikte Trennung, u.a.) zu diskutieren.

WERTEUNTERRICHT

4) Auch sehr stiefmütterlich behandelt wurde die Frage nach dem Werteunterricht in der Schule. Nachdem die Experten mit Blick auf die Finanzierungsmodelle sehr detaillierte Darlegungen der Situationen im Ausland angestellt haben stellt sich die Frage, wie so sie das nicht auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Schule und Religion gemacht haben. Die rezente Debatte in Deutschland zum Beispiel hätte in dieser Frage viel zum Thema beitragen können.

5) AHA Lëtzebuerg spricht sich kategorisch für die Einführung eines weltanschaulich neutralen Werteunterrichts für alle Schüler aus. Dafür gibt es viele gute Gründe, allem voran muss aber deutlich klargestellt werden, dass es keine religiösen Kinder gibt; es gibt nur Kinder religiöser Eltern. Kinder verfügen über eine blühende Fantasie und diese sollten wir nicht gefährden, indem wir sie aufgrund der Religionszugehörigkeit ihrer Eltern in die eine oder andere Schublade stecken. Dies führt zu einer gefährlichen Segregation in der Schule und ist in etwa so sinnvoll, wie die Schüler beim Deutschunterricht in einen bayrischen und einen hessischen Kurs aufzuteilen, in anderen Worten: es ist blanker Unsinn, der auf ungerechtfertigten Privilegien der katholischen Kirche fußt.

6) De facto könnte ein neutraler Werteunterricht sehr schnell umgesetzt werden:

- a) In Form des Ethikunterrichts existiert er heute schon im Sekundarunterricht als Alternative zum Religionsunterricht, so dass er demnach nur auf alle Schüler ausgedehnt werden müsste.
- b) Seine Einführung bedarf im Gegensatz zu anderen Fragen keiner Verfassungsänderung.
- c) Es besteht momentan ein optimales Zeitfenster, da sich sowohl der Schulbereich als auch die Verhältnisse zwischen Staat und Religion in Reformphasen befinden und die Frage nach dem Werteunterricht beide betrifft.

FINANZEN

7) Religion ist Privatsache. Wir wollen niemandem den Glauben an Gottheiten oder andere Fantasieschöpfungen verbieten und bekennen uns klar und deutlich zur Gedanken- und Meinungsfreiheit. Trotzdem betrachten wir Religion als ein äußerst problematisches gesellschaftliches Phänomen, das es zu überwinden gilt. Dazu beitragen wollen wir nicht mit Verbot und Repression, sondern mit guten Argumenten.

8) Religion ist eine sehr streitbare Angelegenheit und aus diesem Grund darf niemand gezwungen werden, finanziell oder auf andere Weise dazu beizutragen. Religion schadet vielen Menschen: weltweit wurde und wird in ihrem Namen unterdrückt und verfolgt. In Luxemburg ist ihr Einfluss heutzutage glücklicherweise eingeschränkt, trotzdem versucht sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken. Zwei konkrete Beispiele: Kann es sein, dass homosexuelle Mitbürger eine Organisation wie die katholische Kirche mitfinanzieren müssen, die nicht nur gegen ihre Gleichbehandlung in Sachen Heirat mobilisiert, sondern auch gegen ihre vermeintlich „schöpfungswidri-

ge“ Lebensweise hetzt? Kann es sein, dass eine Regierung, die sich anscheinend für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzt, gleichzeitig Religionen finanziell massiv privilegiert und fördert, die Frauenrechte systematisch mit Füßen treten? Wir denken nicht, dass das sein kann.

9) Die aktuellen Verhältnisse zwischen Staat und Religion zwingen jeden Steuerzahler, zur Finanzierung der Religionen beizutragen und dies unabhängig davon, ob er selber religiös ist, mit den politischen Positionen der Religionen einverstanden ist oder sogar von ihnen diskriminiert wird. Aus diesem Grund fordert AHA Lëtzebuerg eine strikte finanzielle Trennung von Kirche und Staat. Die aktuellen Konventionen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften müssen gekündigt werden. Die Verfassungsartikel, welche die finanziellen Verhältnisse zwischen Staat und Kirche(n) regeln, müssen im Rahmen der kommenden Verfassungsreform abgeschafft werden (Art. 22, 106, 119). Zusätzlich muss ein Artikel eingeführt werden, in dem Luxemburg klar und deutlich als laizistischer Staat definiert wird.

10) Auf kommunaler Ebene soll ein Großteil der gemeindeeigenen Kirchengebäude, die nicht mehr ausgelastet sind, umfunktionalisiert werden. Zukünftig können vor allem jene, die unter Denkmalschutz stehen, als Konzert- oder Theaterhallen, Kulturzentren und Bibliotheken dienen. Weitere Kirchengebäude können, wie es im Ausland gängige Praxis ist, zu Hotels, Restaurants, Markthallen, Sozialwohnungen oder Sporteinrichtungen umgebaut werden. Die restlichen Kirchen – d.h. so viele wie mit Gläubigen gefüllt werden können – sollen an die Glaubensgemeinschaften verkauft oder vermietet werden. Diese müssen dann aber auch für den Unterhalt aufkommen. Die Kirchenfabriken lassen die Gemeinden ihr Defizit bezahlen, obwohl in den Unterorganisationen der katholischen Kirche Reichtümer angehäuft wurden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

11) Die Experten haben sich auch mit der Frage befasst, wie die Verhältnisse zwischen dem Staat und nicht religiösen Weltanschauungen zu gestalten wären. Als Allianz von Humanisten, Atheisten und Agnostikern fühlen wir uns in dieser Frage natürlich angesprochen und vertreten die folgende Haltung:

A) AHA setzt sich ein für die strikte Trennung von Kirche und Staat, wodurch die Finanzierung von sowohl religiösen als auch nicht religiösen Vereinigungen zur reinen Privatangelegenheit wird.

B) Im Rahmen des aktuellen Modells (Konventionen mit den Religionsgemeinschaften) lehnt AHA Lëtzebuerg eine Konvention mit einer nicht religiösen Vereinigung strikt ab, weil dadurch die religiöse Finanzierung weiter zementiert werden würde.

C) Falls es in den kommenden Diskussionen zu einem alternativen Kompromissmodell kommen sollte, will sich AHA Lëtzebuerg keiner Diskussion verschließen, dies aber unter der strikten Bedingung, dass ein entsprechendes Finanzierungsmodell einer Reihe von Kriterien entspricht.

Offener Brief an PRO-SUD

28. November 2012

Klerikaler Unfug mit der „heiligen“ Barbara: „Bäerbelendag“ bitte ohne Gewalt verherrlichende religiöse Botschaften in der Schule! Im Vorfeld des „Bäerbelendag 2012“ wollte das Südgemeindensyndikat PRO-SUD die Schulkinder in den Mitgliedsgemeinden über die „heilige“ Barbara aufklären. An und für sich wäre es eine lobenswerte Initiative, die heutige Jugend über den historischen und kulturellen Kontext des „Bäerbelendag“ aufzuklären, um so das traditionelle Gedenken der Bergleute fortleben zu lassen.

Leider war der Inhalt der Broschüre aber sehr bedenklich. Lediglich 7 von insgesamt 32 Seiten handelten von der traditionellen Bedeutung des „Bäerbelendag“ für Bergleute und Rettungsdienste und darüber, wie der Gedenktag in den Südgemeinden gefeiert wird. Die restlichen Seiten entsprachen eher einem Versuch christlicher Missionierung: wegen ihres Glaubens bekommt Barbara von ihrem Vater mit einem Schwert den Kopf abgeschlagen, woraufhin dieser vom lieben Gott „elektrocutiert“ wird und somit auch zu Tode kommt. Diese Szene, so werden sie im Vorwort der Broschüre aufgefordert, sollen die Schulkinder bunt anmalen. Eine kindgerechte Vermittlung von Tradition sieht unserer Auffassung nach doch etwas anders aus. Und was diese Gewalt verherrlichende religiöse Botschaft letztendlich mit der heutigen Feier des „Bäerbelendag“ zu tun hatte, blieb auch uns ein Rätsel.

Über den fragwürdigen Inhalt der Broschüre hinaus stellte sich auch heraus, dass sie in einigen Gemeinden mit der Bitte um Verteilung in den Schulklassen direkt an die jeweiligen Schuldienste verschickt wurden, ohne die verantwortlichen Schöffenräte zu informieren.

Aus diesen Gründen forderten wir PRO-SUD auf, die Broschüre mit sofortiger Wirkung zurückzuziehen und für das kommende Jahr eine kindgerechtere und weniger missionarische Variante auszuarbeiten.

Zweiklassengesellschaft bei Begräbnissen?

Pressemitteilung 15. Januar 2013

In den vergangenen Tagen trat eine Familie aus Echternach mit einer Nachricht an AHA heran, die wieder einmal zeigt, mit welcher Respektlosigkeit und Intoleranz die katholische Kirche andersdenkenden Menschen gegenüber auftritt.

Am 14. Dezember ist Herr Paul M. (Name geändert) aus Echternach verstorben. Sein letzter Wunsch war es gewesen, während einer zivilen, also nicht religiösen Zeremonie im Familiengrab in Diekirch beigesetzt zu werden. Wegen Termenschwierigkeiten eines Gemeindeverantwortlichen konnte das Begräbnis erst am Donnerstag, dem 20. Dezember um 15.00 Uhr stattfinden. Die trauernde Familie des Verstorbenen hatte damit begonnen, die Bestattung zu organisieren und sich auf die Trauerfeier vorzubereiten. Einige Zeit später aber wurde sie seitens der Gemeinde Diekirch darüber in Kenntnis gesetzt, dass der Termin verschoben werden müsste. Der Grund: das Begräbnis einer einige Tage nach Paul M. verstorbenen Nonne habe Vorrang und müsse vom Ortspfarrer eben an jenem 20. Dezember um genau 15.00 Uhr durchgeführt werden. Dazu die Enkelin des verstorbenen Paul M.: „Wir sind skandalisiert und schockiert. Wir fühlen uns in unserer Trauer nicht ernst genommen. Es kann doch nicht sein, dass eine Person, die nichts mit Religion am Hut hatte, noch nach ihrem Tod derart diskriminiert wird! War mein Großvater etwa weniger wert als eine katholische Nonne? Gibt es in Luxemburg eine Zweiklassengesellschaft bei Begräbnissen? Für mich sind alle Menschen gleich, unabhängig von ihrer religiösen oder nicht-religiösen Einstellung.“

AHA fragte beim Bestattungsunternehmen nach, deren Mitarbeiter die Geschichte der Familie von Paul M. bis ins letzte Detail bestätigen konnten. Es war ihnen peinlich, der Familie diese Nachricht überbringen zu müssen.

Bedenklich ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich die Gemeinde Diekirch nicht stärker dafür eingesetzt hat, dass Paul M. an dem vereinbarten Termin beigesetzt werden konnte. Schließlich ist der Friedhof Grundeigentum der Gemeinde und demnach hat dort nicht der Ortspfarrer, sondern der Bürgermeister das Sagen. Dieses sehr konkrete Beispiel zeigt wieder einmal, wie überfällig die Trennung von Kirche und Staat und damit eine weltanschaulich neutrale und damit faire Gesellschaft gerade auch auf kommunaler Ebene ist. Lokalpolitiker sollten mehr Mut zeigen und sich nicht alles von den kirchlichen Arbeitskräften gefallen lassen.



Seminar zum Verhältnis Staat-Religion

Pressemitteilung 7. März 2013

KIRCHENVERTRETER UNTER DRUCK

Im direkten Austausch mit den Experten und den Religionsvertretern wurde ersichtlich, dass letztere nebst wenig Rückhalt für ihre Privilegien in der Bevölkerung (ILRES: über 60% für eine Trennung von Kirche und Staat) darüber hinaus auch unter einem chronischen Mangel an Argumenten leiden.

Mit Blick auf ein zukünftiges Finanzierungsmodell fordert AHA Lëtzebuerg eine strikte finanzielle Trennung von Staat und Religion. Die Religionsgemeinschaften aber scheinen (mit der Ausnahme der Bahai) nur daran interessiert zu sein, die eigenen Privilegien zu bewahren bzw. welche zu erschließen. Auf die von AHA Lëtzebuerg aufgeworfenen Fragen nach weltanschaulicher Gerechtigkeit, der Notwendigkeit einer repräsentativen Lösung und damit nach den Rechten jener Bürger, die nicht religiös sind bzw. keine Religion unterstützen möchten, haben die Religionsvertreter teils mit Unverständnis teils mit Ignoranz reagiert. Die Experten hingegen haben die Frage der Repräsentativität zum Glück als eine der zentralen Herausforderungen anerkannt.

Wie erwartet konnte auch beim Thema gemeinsamer Werteunterricht kein Konsens erreicht werden. Begrüßenswert ist aber eine gewisse Offenheit, die einige kleinere Religionsgemeinschaften dem Konzept einer gemeinsamen und neutralen Wertevermittlung gegenüber gezeigt haben, nachdem sie von den Sprechern der ALPE über Umsetzung und Vorzüge einer solchen Lösung aufgeklärt wurden. Besonders die Argumentationsarmut der heute privilegierten katholischen Kirche hat sich bei diesem Teilaspekt der Debatte klar und deutlich manifestiert. Die dringende Notwendigkeit, die Schüler gerade bei der Wertevermittlung und gerade wegen ihrer kulturell oder weltanschaulich unterschiedlicher Elternhäuser beisammen zu halten, ist unwiderlegbar. Im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhaltes müssen die politisch Verantwortlichen dieser Notwendigkeit endlich Rechnung tragen. AHA Lëtzebuerg setzt sich weiterhin mit Nachdruck für die Interessen der breiten nicht-religiösen Bevölkerungsschicht ein.

Carte blanche von Georges Hellinghausen auf RTL-Radio

Pressemitteilung 29. März 2013

KOMMENTAR VON AHA

Bistumsvertreter G. Hellinghausen vergleicht die christliche Taufe und den Verzicht auf eine solche mit einem christlichen und einem atheistischen Weltbild, welches dem Kind vermittelt werden soll. Diese Gleichstellung ist völliger Unsinn.

Die christliche Taufe ist ein Ritual, durch das dem Neugeborenen die Mitgliedschaft in eine Religionsgemeinschaft aufgedrängt wird und es damit in eine bestimmte weltanschauliche Schublade steckt. Der Verzicht auf eine Taufe heißt nun keineswegs, dass das Kind in einer atheistischen Schublade landet, es bedeutet vielmehr, dass das Kind in überhaupt keine Schublade gesteckt wird. Dem Kind soll es ermöglicht werden, sich geistig frei von vorgefertigten Anschauungen zu entwickeln, sich seine eigene Meinung zu bilden und dadurch den eigenen Weg zur persönlichen Weltanschauung, ob religiös oder nicht religiös, zu finden.

Das wiederum bedeutet keineswegs, wie es Hellinghausen darzustellen versucht, dass das Kind frei von Werten aufwächst. Neben den rigiden und oftmals zweifelhaften religiösen Wertesystemen und neben einem explizit atheistisch-humanistischen Weltbild bestehen beispielsweise in Form der allgemeinen Menschenrechte oder in Form der Verfassung eines Landes Werte, die quer durch alle Anschauungen anerkannt werden, bzw. – im Fall einiger Religionen – anerkannt werden müssen. (In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Vatikan als einziger Staat die europäische Menschenrechtskonvention nicht ratifiziert hat!) Dies sind die zentralen Werte, die unsere Gesellschaft im Innern zusammenhalten. Diese Werte können einem Kind sehr wohl vermittelt werden, ohne es in eine weltanschauliche Schublade zu pressen, sei es eine religiöse, sei es eine atheistische.

Kinder können sehr gut auf nicht religiösem Wege auf unserer Welt begrüßt werden. Immer mehr Eltern verzichten daher auf eine Taufe.

Über 4000 Kirchengaustritte via www.fraiheet.lu

Pressemitteilung 09. April 2013

Bereits im Dezember 2012 erhielt AHA Lëtzebuerg über die Plattform www.fraiheet.lu ihre 4000. Anfrage, aus der katholischen Kirche auszutreten.

Mit großer Freude vernahm Frau Laure Deitz aus Junglinster die Nachricht, dass das AHA-Team anlässlich des 4000. Austrittes für sie einen Flug im Heißluftballon vorgeschlagen hat. Laut eigener Aussage trat Frau Deitz aus der Kirche aus, weil sie das Ganze für „nicht mehr zeitgemäß“ hält und durch die Internet-Plattform www.fraiheet.lu einen Weg sah, ihren Wunsch auf einfache Art und Weise umzusetzen. Der Ballonflug steht symbolisch für das Logo der Initiative, da auch hier eine Figur mit einem Ballon abhebt und somit eine befreiende Handlung andeutet, die der Kirchengaustritt für die meisten Menschen darstellt.

In der Nähe von Remerschen hob der Heißluftballon ab und bescherte Frau Deitz ein einstündiges Erlebnis, das sie so schnell nicht vergessen wird. Eine Dokumentation zum Flug ist auf

<http://vimeo.com/63589303> zu finden.

WAS IST FRAIHEET.LU?

Anfangs noch eine gemeinsame Idee von Liberté de conscience asbl und Sokrates.lu, wurde die Initiative 2011 von AHA Lëtzebuerg übernommen, um den steigenden administrativen Aufwand besser handhaben zu können und die Abwicklung der Anfragen zu zentralisieren.

Seit die Idee zu diesem Projekt entstanden ist, war das ambitionierte Ziel der Gründer eine Anzahl von 500 Austritten. Sollte man diese Zahl erreichen, so habe sich das Projekt gelohnt und seine Absicht gezeigt. Doch im Laufe der Zeit, verständlicherweise auch auf Grund massiver Verfehlungen und Skandale aus den Reihen der Kirchenvertreter, wuchs diese Zahl stetig an.

Eine erste Etappe bildete 2009 die Aushändigung von rund 700 Austritten an den damaligen Generalvikar Schiltz, die mit einem Platzverweis der Presse aus den Räumlichkeiten des Bistums wenig vielversprechend

begann. Wegen des steigenden Medieninteresses wurden jeweils wichtige Schritte immer wieder kommentiert und der Öffentlichkeit präsentiert.

Dass gerade in Luxemburg nur wenige Austrittswillige wegen des sozialen Drucks wagen würden diesen Schritt zu gehen, war für die Betreiber anfangs eine realistische Befürchtung. Doch je mehr Menschen sich dazu entschlossen, ihrer Gewissensfreiheit eine neue Bedeutung zukommen zu lassen, desto schneller häuften sich die Austrittsformulare.

Auf über 4.000 sind die Austritte nunmehr angewachsen, eine Zahl, von der keiner je zu träumen gewagt hätte, und aus dem in der lokalen Presse als „Marienland“ verschrienen Luxemburg beginnt ein Land zu werden, das das viel zu lange schon andauernde Joch der religiösen Bevormundung abzulegen versucht. Auch wenn das Bistum Luxemburg stets versucht hat und auch jetzt noch bezweckt, Austrittswillige durch administrative Schikanen beziehungsweise die Forderung von überzogenen Angaben (Datum der Taufe, Kopie des Ausweises, Wohnort der Eltern u.a.) zu entmutigen, so haben die Menschen nicht aufgegeben, ihren Willen durchzusetzen.



Generalversammlung 2013: Immer mehr Menschen fordern eine aufgeklärte und laizistische Gesellschaft ein

Pressemitteilung 30. April 2013

Kürzlich fand die dritte ordentliche Generalversammlung der „Allianz vun Humanisten, Atheisten und Agnostikern Lëtzebuerg“ (AHA) statt. AHA-Präsident Laurent Schley hob in seiner Rede drei Punkte hervor, die er als Erfolge seiner ersten dreijährigen Mandatszeit wertete. Erstens: AHA hat wenigstens außerhalb der klerikalen Kreise, die Religionskritik in Luxemburg „salonfähig“ gemacht. Genauso wie Politik kritisiert werden darf, muss dies auch mit Religionen akzeptiert sein. Dies garantiert die Meinungsfreiheit in unserem Land. Die Kampagne „Net reliéis? Stéi dozou!“ sowie andere Aktivitäten von AHA haben aber gezeigt, dass die Religionen mit Kritik nicht umgehen können, und darauf mit Intoleranz und verbalen Attacken reagieren, allen voran die katholische Kirche. Zweitens: in den Diskussionen um die Trennung von Kirchen und Staat sah sich der ehemalige Kultusminister Biltgen durch den u.a. von AHA aufgebauten Druck gezwungen, eine parlamentarische Debatte abzuhalten und eine Expertengruppe zu benennen. Der Bericht dieser Experten fiel sehr kritisch im Hinblick auf die aktuelle legale Situation der Beziehungen zwischen Kirchen und Staat aus. Drittens: Die zahlreichen Kirchaustritte über www.fraiheit.lu belegen, dass viele Menschen sich immer weniger mit altertümlichen Konzepten und Institutionen identifizieren können und somit bewusst den Glaubensgemeinschaften den Rücken kehren. Insgesamt zeigen die Reaktionen besonders aus dem Lager der Katholiken, dass AHA einen Finger in die Wunde gelegt hat. Zum Thema „nicht-religiöse Zeremonien“ plant AHA noch dieses Jahr eine Broschüre mit Vorschlägen zu veröffentlichen. Der Vorstand von AHA teilt mit, dass jeder Interessierte sich melden kann, um an verschiedenen Arbeitsgruppen Teil zu nehmen.

NEUER VERWALTUNGSRAT

Anlässlich der Generalversammlung wurde auch der Verwaltungsrat für die nächsten drei Jahre gewählt. Neu dabei sind die Politologin Anne Tescher sowie der Psychiater Dr. Jean-Marc Cloos. Somit setzt sich der Verwaltungsrat wie folgt zusammen: Präsident: Laurent Schley; Vize-Präsidentin: Taina Bofferding; Generalsekretär: Manuel Huss; Schatzmeister: Bob Reuter; Verantwortlicher der Plattform www.fraiheit.lu: Jerome Faber; Mitglieder: Fiona Lorenz, Anne Tescher, Patrick Brücher, Jean-Marc Cloos, Jean-Paul Lickes und Pol Wirtz.

VORTRAG ZUM THEMA ISLAM

Im Anschluss an die Generalversammlung hielt der deutsch-ägyptische Historiker, Politologe und Islamexperte Hamed Abdel-Samad einen einstündigen Vortrag zum Thema „Islam in Westeuropa: Kultur, Menschenrechte, Integration?“, der zusammen mit der Universität Luxemburg organisiert war. Abdel-Samad verglich Religion mit Pizza: „Wenn man davon haben will, so bestellt man es und bezahlt auch dafür. Man will es aber nicht ständig überall aufgedrängt bekommen, und auch noch gezwungen werden, es mit zu finanzieren.“ Der Gastredner warnte ausdrücklich davor, unter dem Deckmantel von Religionsfreiheit dem Islam mehr Rechte zu gewahren wie z.B. die staatliche Finanzierung, der islamische Religionsunterricht, den „Respekt“ für die Beschneidung von Kindern, getrennter Schwimmunterricht, usw. Er sprach sich für religiöse Abrüstung und gegen religiöse Aufrüstung aus. Die einzige Staatsform, die in Bezug auf Religion Gleichheit der Menschen mit sich bringt, ist der säkulare, sprich laizistische Staat, der zwar Religionsfreiheit garantiert, die Religionen aber ansonsten als Privatsache behandelt, so lange sich die Menschen an die Gesetzgebung halten. Dies beinhaltet auch, dass alteingesessene Religionen (wie in Luxemburg die katholische Kirche), ihre Privilegien aufgeben müssen, so Abdel-Samad abschließend.



Die Reform des Sekundarunterrichts: Eine Chance für den einheitlichen Werteunterricht

Pressemitteilung 13. Mai 2013

Mit tiefem Bedauern stellt AHA fest, dass der Stellenwert des konfessionell gebundenen Religionsunterrichts im Rahmen der Reform des Sekundarunterrichts nicht an die gesellschaftlichen Wirklichkeiten angepasst wurde. AHA ist davon überzeugt, dass sich die momentanen Entwicklungen zur Umgestaltung der Sekundarschule außerordentlich gut eignen, den einheitlichen Werteunterricht fest in den Lehrplänen zu verankern, um somit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation entsprechend Rechnung zu tragen und den Lehrauftrag der öffentlichen Schule in Luxemburg in Bezug auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten.

Aber es gibt doch bereits einen Werteunterricht in einer luxemburgischen Schule...

AHA verweist diesbezüglich auf die Erfahrungen des Werteunterrichts im Lycée Ermesinde, der seit 2005 fester Bestandteil des Lehrplans ist und die Wahl zwischen Religionsunterricht und „Morale laïque“ obsolet macht.

...und die Ergebnisse der Evaluation sind positiv ausgefallen!

Das Bildungsministerium gab die Evaluation dieses Projektes in Auftrag, deren Ergebnisse durchweg positiv waren. Sogar die vom Kultusministerium einberufene Expertengruppe kam in ihrer Veröffentlichung zu der Empfehlung, dass die Vorgabe des Werteunterrichts ein begehbarer Weg wäre, um die konfessionellen Unterrichtsmodelle zu ersetzen.

Nicht weniger erwähnenswert erscheint die Tatsache, dass der Staatsrat in seinem Einspruch vom 6. Mai 2008 zur Grundschule von den Prämissen ausgeht, dass die Einführung mehrerer konfessionell geprägter Kurse, in denen jede Glaubensgemeinschaft ihre Sicht der Dinge präsentieren würde, unüberbrückbare Probleme mit sich bringe, die neben der erschwerten Schulorganisation vor allem in Bezug auf die spätere Bildung von Subgruppen innerhalb der Gesellschaft fragwürdig erscheint. Der Staatsrat verweist deutlich auf die Möglichkeit, dem Werteunterricht nach Ablauf der erfolgreich verlaufenen Probezeit Modellcharakter zukommen zu lassen.

Trotz guter Ergebnisse bleibt der Werteunterricht ein Lippenbekenntnis...

AHA muss feststellen, dass es bisher trotz aller positiver Erfahrungen keine merklichen Fortschritte in diesem Punkt gegeben hat. Umso erstaunlicher wirkt diese Aussage wenn man bedenkt, dass im Programm der Partei, der auch die Bildungsministerin angehört, eben diese Umsetzung zur Chefsache erklärt wird: „Die LSAP bekennt sich klar und deutlich zur Einführung eines allgemeinen Werteunterrichts in den öffentlichen Schulen. Anstatt die Schüler nach Konfessionen zu trennen sollen sie zusammen die für alle gültigen Werte und Regeln des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft erwerben.“

Konfessionell herbeigeführte Trennung der Schüler bleibt ein Hindernis für den sozialen Zusammenhalt

Die Bedenken des Staatsrats zur Forderung der Religionsgemeinschaften nach flächendeckendem Unterricht in der entsprechenden Konfession werden von AHA geteilt. Die Argumentation der ALPE (Association luxembourgeoise des professeurs d'éthique), dass diese Umsetzung mit enormen Kosten und strukturellen Schwierigkeiten verbunden sei, reiht sich nahtlos in diese Zusammenhänge ein. Vielleicht noch wichtiger erscheint aus dieser Perspektive, dass die räumliche und geistige Trennung der Schüler ein Zusammenleben unter jungen Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft zusehends erschwert.

Das Parlament hat das letzte Wort

Wie die ALPE fordert auch AHA die Einführung eines einheitlichen Werteunterrichts in der öffentlichen Schule. Obwohl der Regierung im Rahmen der Reform des Sekundarunterrichts bislang der Mut fehlte, einen Werteunterricht ein für alle Male umzusetzen und zu verankern, ist ein Handeln noch möglich. Letztendlich trifft das Parlament die definitive Entscheidung und hier liegt es an den beteiligten Arbeitsgruppen, die Einführung des Werteunterrichts voranzutreiben. AHA ist davon überzeugt, dass schon jetzt eine Mehrheit dieses Modell unterstützen wird.

Lettre ouverte au Grand-Duc

12 juin 2013

Altesse Royale

Par la présente nous nous permettons de Vous exposer quelques réflexions concernant la fête nationale au Luxembourg, et en particulier concernant le fait que l'acte officiel de cette fête – à savoir le Te Deum dans la cathédrale de Luxembourg – a actuellement une connotation fortement religieuse.

Nous vous avons déjà envoyé une lettre analogue en date du 22 mai 2012, lettre qui est néanmoins restée sans réponse. Nous sommes affligés, tout comme nos membres, de voir le peu d'intérêt que Vous accordez aux personnes athées, humanistes et agnostiques qui, nous tenons à vous le rappeler, font partie intégrante de la société luxembourgeoise. Cette attitude nous semble non seulement préjudiciable à la fonction intrinsèque du Chef de l'Etat, mais ne correspond par ailleurs nullement à faire prospérer une société moderne, tolérante et respectueuse de toutes les orientations philosophiques présentes.

Dans le même ordre d'idées, nous avons été sollicités voire interpellés par de nombreuses personnes qui n'ont pas apprécié les vœux que Vous avez apportés au nouveau pape catholique François 1er, au nom de toute la population luxembourgeoise, alors qu'une partie grandissante, voire majoritaire de la population considère l'Eglise catholique et ses institutions comme non démocratiques et souhaite clairement la séparation claire entre Etat et églises. Ce constat n'enlève bien évidemment en rien Votre liberté individuelle d'exprimer Vos félicitations en Votre nom propre.

Afin de revenir au sujet central de la présente, nous voyons, en tant que Conseil d'administration de AHA, la fête nationale comme un événement important dans le calendrier luxembourgeois, qui devrait à notre avis être conçu de sorte à ce qu'il puisse être célébré par tous les citoyens luxembourgeois respectivement par tous les gens vivant au Luxembourg, indépendamment de leurs vues religieuses ou conceptions philosophiques, de manière à entraver toute discrimination idéologique éventuelle.

Cette idée devrait particulièrement s'appliquer à l'acte officiel de la fête nationale. Or, force est de constater que l'acte officiel consiste dans la célébration du Te Deum qui se déroule au sein de la cathédrale de Luxembourg et qui est donc manifestement entaché par une connotation fortement religieuse, et en particulier catholique en dépit de la présence de chefs religieux d'autres confessions.

Néanmoins, l'étude CEPS/Instead publiée en février 2011 a montré, p.ex., que 53% des personnes au Luxembourg ne pratiquent pas de religion, et seulement une minorité, en l'occurrence 28%, ont indiqué qu'ils croient encore en un dieu personnel tel que propagé par les trois grandes religions monothéistes. Depuis février 2009, au moins 4200 personnes ont déclaré officiellement leur souhait d'être rayées du registre des baptêmes de l'église catholique. Vu ces développements, il semble fort probable qu'une grande partie des citoyens de notre pays ne puissent plus s'identifier avec le Te Deum.

Nous supposons que c'est à cause de cette problématique que la Chambre des députés a voté, en date du 7 juin 2011, une motion qui invite notamment le gouvernement « à réfléchir sur une réorganisation des manifestations pour la célébration de la fête nationale ». Néanmoins, depuis, c'est le silence absolu qui règne dans ce domaine.

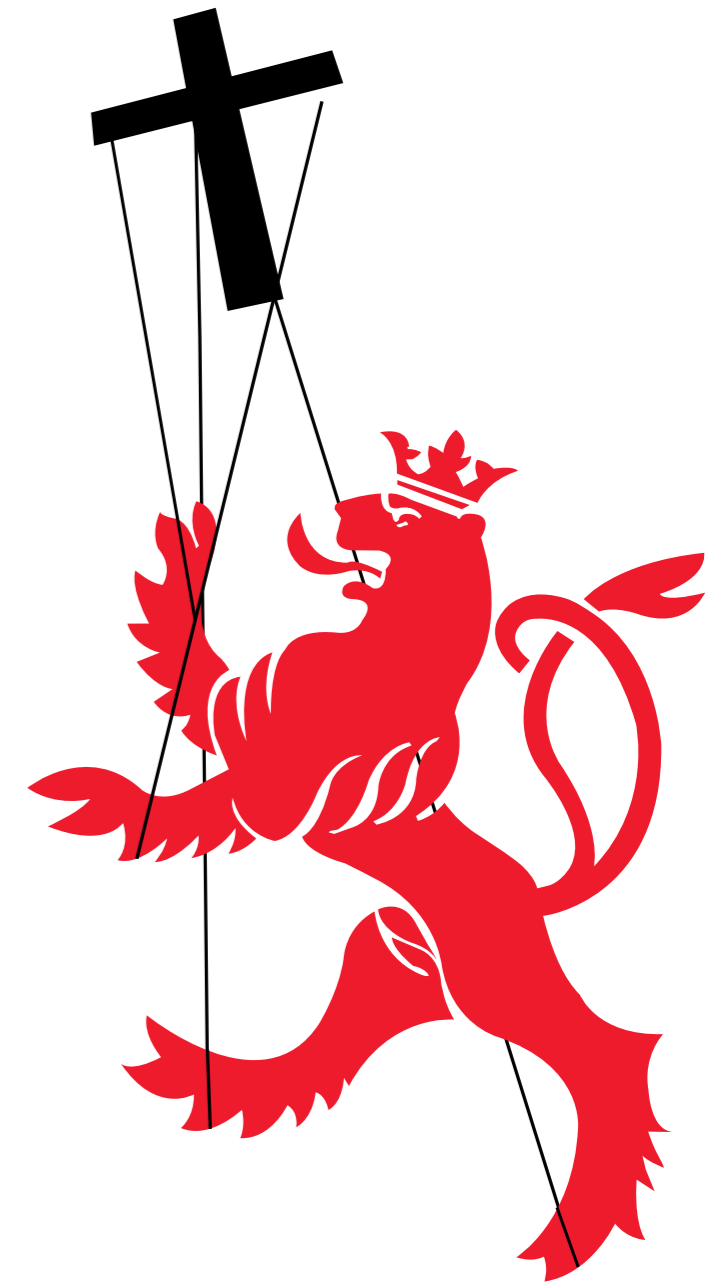
A notre avis, l'acte officiel devrait être célébré dans un cadre qui ne fait pas référence aux croyances religieuses des citoyens. On pourrait imaginer plusieurs alternatives, dont, à titre d'exemple, les suivantes :

- L'acte officiel pourrait se dérouler dans la Chambre des députés en tant que siège des représentants du peuple. Cette option aurait néanmoins le grand désavantage qu'elle ne permettrait pas la participation du public.
- Une autre option serait de célébrer l'acte officiel dans un endroit qui permettrait l'accès du public, p.ex. au Grand Théâtre de Luxembourg, ou un autre endroit approprié à caractère non religieux.

Nous aimerions également préciser que, selon les principes de la liberté d'opinion et d'expression dans notre pays, les communautés religieuses sont bien sûr libres d'organiser des cérémonies en relation avec la fête nationale, séparément ou conjointement, selon leurs propres idées et aspirations. L'aspect qui importe à notre association est que l'acte officiel de la fête nationale ne devrait pas faire partie intégrante de telles cérémonies.

C'est pour les raisons exposées ci-dessus que nous Vous saurions gré de bien vouloir considérer, en Votre fonction de Chef de l'Etat, Vos options pour mettre en oeuvre au Luxembourg un acte officiel de la fête nationale qui n'aura plus de connotation religieuse et de ce fait, ne donnerait à aucun citoyen l'idée de se sentir écarté de cette fête pour des raisons de ses vues philosophiques.

Veillez agréer, Altesse Royale, l'expression de notre haute considération.



AHA Lëtzebuerg begrüßt die neuen Leitlinien der EU bezüglich Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Pressemitteilung 3. Juli 2013

AHA Lëtzebuerg (Allianz vun Humanisten, Atheisten an Agnostiker a.s.b.l.) begrüßt ausdrücklich die Leitlinien der EU zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit die kürzlich vom Rat der Europäischen Union angenommen wurden. In diesen Leitlinien wird ausdrücklich auch der Schutz von Menschen ohne Religion oder mit anderen Anschauungen einbezogen. Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird als Recht des Einzelnen bekräftigt, Religionen oder Weltanschauungen werden aber nicht per se als schutzwürdig bezeichnet.

Religiös begründete Verfolgung oder Diskriminierung anderer Menschen wegen deren Geschlechtszugehörigkeit, geschlechtlicher Orientierung oder Zugehörigkeit zu Minderheiten werden abgelehnt. Gemeinschaften dürfen ferner nicht die individuellen Rechte ihrer Mitglieder verletzen.

Nachdrücklich lehnen die Leitlinien auch die Einschränkung der Meinungsfreiheit hinsichtlich Kritik oder Lästerung von Religionen oder Weltanschauungen ab: Blasphemie soll entkriminalisiert werden. Das Handeln der EU und ihrer Mitgliedsstaaten soll diese Grundhaltung zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit deutlich machen.

AHA Lëtzebuerg fordert ausdrücklich die Luxemburger Regierung auf, diese Leitlinien konsequent ihrer nationalen und internationalen Politik zugrunde zu legen. Auf diese Weise werden die Menschenrechte weltweit gestärkt.

AHA fordert die Regierung in diesem Zusammenhang auf, Menschen, die aufgrund religiösweltanschaulicher Kritik verfolgt werden, Asyl zu gewähren und sich auch in deren Heimatland für deren Rechte einzusetzen. Ein Beispiel hier ist der weltoffene atheistische Historiker, Politologe und Autor Hamed Abdel Samad: dieser hielt noch im April in Luxemburg eine Vortrag, jetzt wird in Ägypten aus radikal-islamistischen Kreisen zu seiner Ermordung aufgerufen.

Trennung von Kirche und Staat: Jetzt!

Pressemitteilung 29. Juli 2013

Im Rahmen des Expertenberichtes über die zukünftigen Verhältnisse zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften hatte Ex-Kultusminister Biltgen am 6. März 2013 ein Diskussionsseminar mit Religionsgemeinschaften und laizistischen Vereinigungen organisiert. Kurz darauf machte Staatsminister Jean-Claude Juncker den Kultus zur Chefsache und übernahm dieses Ministerium selbst. Passiert ist seitdem nichts. Der Bericht des Seminars vom 6. März liegt immer noch nicht vor. Hat Juncker diesen etwa bewusst unter den berühmten Teppich gekehrt? Dass Juncker zurzeit andere Sorgen pflegt, ist mittlerweile genau so klar wie seine Neigung, sich für gewisse Verantwortungen keine Zeit zu nehmen.

Die Trennung von Staat und Religion wird laut repräsentativen Umfragen von einer großen Mehrheit der Bevölkerung gewünscht und sollte daher schnellstmöglich vollzogen werden. Die geschätzte 2-3stellige Millionensumme, die jährlich in die Religion investiert werden, sollten im Interesse der Allgemeinheit wesentlich sinnvoller investiert werden, zum Beispiel in die Bildung und damit in die Zukunft des Landes und unserer Kinder. In den jeweiligen Wahlprogrammen erwartet AHA Lëtzebuerg von den politischen Parteien klare Bekenntnisse zur finanziellen Trennung von Staat und Religion sowie zur sofortigen Einführung der neutralen Wertevermittlung für alle Schüler.

Aux partis politiques du Luxembourg

Lettre ouverte du 8 août 2013

Mesdames, Messieurs,

Dans le cadre des élections législatives du 20 octobre 2013 et de l'élaboration de votre programme électoral en vue d'un accord de coalition pour la prochaine législature, AHA a l'honneur de vous soumettre ses propositions concernant les relations futures entre l'Etat et les communautés religieuses et philosophiques.

1. REVISION DE LA CONSTITUTION

Dans le cadre de la révision de la Constitution, AHA est d'avis que l'abrogation des articles 21, 22, 106 et 119 s'impose.

L'actuel article 21 [Le mariage civil devra toujours précéder la bénédiction nuptiale] est désuet. La bénédiction nuptiale n'a aucune valeur légale et l'Etat n'a pas à s'immiscer. Ceci est d'ailleurs également l'approche du Conseil d'Etat dans son avis au sujet de la proposition de révision de la Constitution (document parlementaire 6030/6).

AHA estime que l'organisation interne des communautés religieuses ne relève pas de la compétence de l'Etat. Voilà pourquoi l'article 22 de la Constitution actuelle instaurant les conventions avec les cultes est à supprimer (cf. infra). Dans la mesure où AHA s'oppose à tout financement public des cultes, l'article 106 [Les traitements et pensions des ministres des cultes sont à charge de l'Etat et réglés par la loi] est à omettre.

Au vu du caractère transitoire de l'article 119 [En attendant la conclusion des conventions prévues à l'article 22, les dispositions actuelles relatives aux cultes restent en vigueur], cette disposition est désormais sans objet.

En vue d'une séparation réelle et effective des affaires étatiques et ecclésiastiques, AHA propose d'introduire un article nouveau consacrant la neutralité de l'Etat luxembourgeois et garantissant ainsi la liberté de conscience ainsi que la liberté de religion, qui pourrait se lire comme suit : « Le Luxembourg est un Etat laïque. »

2. REFORME DU FINANCEMENT PUBLIC DES CULTES

Pour AHA, il n'est pas tenable que le contribuable soit obligé à contribuer au financement des cultes, ceci indépendamment de sa conviction religieuse ou philosophique.

Il faut mettre un terme à la prise en charge par les communes des déficits budgétaires des fabriques d'Eglise. Le décret du 30 décembre 1809 sur les fabriques d'églises est par conséquent à abroger.

Les communautés religieuses devraient couvrir elles-mêmes les frais de fonctionnement des édifices culturels dont elles sont propriétaires.

Les ministres des cultes ne devraient pas être assimilés aux fonctionnaires d'Etat et leurs traitements et leurs pensions ne devraient plus être imputés au budget des dépenses de l'Etat.

D'une manière générale, il y a lieu de procéder à l'abrogation des lois portant approbation des conventions respectives entre le Gouvernement et l'Archevêché, les communautés israélites, l'Eglise protestante, l'Eglise orthodoxe hellénique, l'Eglise anglicane et les Eglises orthodoxes roumaine et serbe. L'organisation interne des communautés religieuses ne relève pas du champ de compétence de l'Etat.

3. PROMOTION DES CEREMONIES CIVILES

AHA soutient les efforts des communes en vue d'un élargissement de l'offre de cérémonies civiles. A cette fin il y a lieu de mettre en place une infrastructure adéquate et confessionnellement neutre d'un point de vue architectural. De même, les communes pourraient offrir des lieux alternatifs d'inhumation en affectant par exemple des surfaces en pleine nature à cette fin. En ce qui concerne la fête nationale au Luxembourg, AHA regrette que l'acte officiel de cette fête – à savoir le Te Deum dans la cathédrale de Luxembourg – a actuellement une connotation fortement religieuse et en

particulier catholique en dépit de la présence de chefs religieux d'autres confessions. D'après AHA, l'acte officiel devrait être célébré dans un cadre qui ne fait pas référence aux croyances religieuses des citoyens. On pourrait imaginer plusieurs alternatives, dont, à titre d'exemple, le déroulement de l'acte officiel à la Chambre des députés en tant que siège des représentants du peuple. Une autre option serait de célébrer l'acte officiel dans un endroit qui permettrait l'accès du public, p.ex. au Grand Théâtre de Luxembourg, ou un autre endroit approprié à caractère non religieux.

4. REAFFECTATION DES EDIFICES CULTUELS

AHA estime qu'une étude devrait se pencher sur la réaffectation des bâtiments ecclésiastiques qui relèvent de la propriété étatique ou communale. Il paraît absurde qu'en période de ressources financières précaires, la collectivité continue à subventionner des bâtiments sous-utilisés par rapport à leur capacité d'accueil. AHA est d'avis que l'Etat, et le cas échéant les communes, devrait proposer aux communautés religieuses de racheter les édifices culturels dont il est le propriétaire. Quant aux édifices non rachetés, AHA plaide pour une transformation de ces bâtiments ecclésiastiques en vue de leur réaffectation à des fins sociales, culturelles, commerciales, sportives ainsi qu'à des fins d'habitation. De nombreux exemples existent dans d'autres pays.

5. INTRODUCTION D'UN COURS UNIQUE D'EDUCATION AUX VALEURS

AHA plaide pour la mise en place d'un cours unique d'éthique dans l'école publique.

AHA renvoie à cet égard à l'expérience du cours de l'éducation aux valeurs au Lycée Ermesinde lequel est en place depuis 2005. Ce cours unique remplace l'option de choisir entre l'instruction religieuse et le cours de morale laïque. L'évaluation chargée par le Ministère de l'Education nationale fait état d'un bilan positif de ce cours. De même, le groupe d'experts chargé par le Gouvernement de réfléchir sur l'évolution future des relations entre les pouvoirs pu-

blics et les communautés religieuses ou philosophiques estime dans son rapport que ce cours d'éducation aux valeurs constituerait un modèle en vue de remplacer les cours de religion confessionnels par des cours d'éveil culturel et religieux. Il n'en est pas moins intéressant de relever que le Conseil d'Etat estime dans son avis du 6 mai 2008 sur l'enseignement fondamental que « vouloir intégrer à l'avenir dans l'enseignement tous les cultes religieux conventionnés, avec des droits identiques, pourrait poser d'abord des problèmes importants en termes d'organisation des établissements scolaires, mais comporterait également, voire surtout, des risques de dérive communautariste de l'école en particulier et de la société en général ». Le Conseil d'Etat est d'avis qu'en cas d'évaluation positive, l'expérience du Lycée Ermesinde pourrait servir de modèle afin de généraliser un cours d'éducation aux valeurs.

Pour ce qui est de la revendication des communautés religieuses de pouvoir offrir toutes l'enseignement de leur religion dans les écoles publiques, l'AHA partage les soucis du Conseil d'Etat quant à la faisabilité d'une telle mesure. L'AHA se rallie en outre aux arguments avancés par l'ALPE, l'Association luxembourgeoise des professeurs d'éthique, contre la revendication des cours de religion pour chaque culte : à savoir en premier lieu les coûts considérables et la difficile mise en œuvre pratique de cette mesure, et, en deuxième lieu, cette séparation confessionnelle est un obstacle à l'apprentissage d'un vivre-ensemble des jeunes, pourtant indispensable dans une société pluraliste.

Au vu de ce qui précède, AHA propose d'introduire un cours unique d'éducation aux valeurs par le biais d'un amendement relatif aux articles 14 et 15 (portant sur les disciplines enseignées aux classes inférieures et aux classes supérieures) du projet de loi n°6573 portant sur l'enseignement secondaire. En ce qui concerne l'enseignement fondamental, un tel cours pourrait être mis en place par un nouveau projet de loi modifiant la loi du 6 février 2009 portant organisation de l'enseignement fondamental à l'endroit de l'article 7.

Veuillez agréer, Mesdames, Messieurs, l'expression de notre considération distinguée.



Pol Wirtz, Jean-Paul Lickes und Jean-Marc Cloos (v.l.n.r.) aus dem Verwaltungsrat von AHA auf dem AHA-Infostand anlässlich der Braderie 2013. In vielen fruchtbaren Diskussionen wurden den Besuchern des Standes die Forderungen von AHA an die politischen Parteien erklärt.

Werteunterricht

Gemeinsame Stellungnahme von FGIL, AHA und Ligue de l'enseignement (LLE) 30. Oktober 2013

Der Werteunterricht als klare Forderung an die neue Regierung

Anlässlich der Ausarbeitung des Regierungsprogramms für die kommenden 5 Jahre sowie der erklärten Bereitschaft der Koalitionsparteien DP, LSAP und „Déi gréng“ endlich auch notwendige, gesellschaftspolitische Fragen ihrer überfälligen Lösung zuzuführen, möchten die unterzeichneten Organisationen mit allem Nachdruck unterstreichen, dass nunmehr die Zeit für die Einführung eines überkonfessionellen Werteunterrichtes als Pflichtfach endgültig gekommen ist. Diese Reform muss jetzt, da sie in den Wahlprogrammen aller drei Koalitionsparteien steht, ohne Abstriche und zeitnah umsetzbar sein. Eine breite parlamentarische Mehrheit für diese wichtige Schul- und Gesellschaftsreform ist sicherlich gewährleistet, umso mehr als sie ebenfalls von „Déi Lénk“ und, mit Abstrichen, sogar von der CSV mitgetragen wird.

FGIL, LLE und AHA erinnern daran, dass auch der Staatsrat, anlässlich der Reform der Grundschule im

Jahre 2009, in seiner Stellungnahme zum neuen Gesetz darauf hingewiesen hatte, dass in Zukunft ein einheitlicher, auf den Prinzipien der Allgemeinen Menschenrechtserklärung fußender Werteunterricht anstatt verschiedener Religions- und Moralunterrichte, die bessere Lösung darstelle.

Die Umsetzung dieser wichtigen Reform wird der Garant dafür sein, dass künftig alle Schülerinnen und Schüler in Grund- und Sekundarschule mittels eines neutralen, überkonfessionellen Ethikunterrichtes, gemeinsam auf eine menschenwürdige, solidarische und tolerante Zivilgesellschaft vorbereitet werden, die auf demokratischen Grundsätzen aufbaut und ein friedliches und konstruktives Zusammenwirken aller Mitbürger ermöglicht und fördert.

Unter den gegebenen Umständen rufen FGIL, AHA und LLE die Verhandlungsdelegationen der Dreierkoalition auf, auch in dieser wichtigen gesellschaftspolitischen Frage den versprochenen Neuanfang zu wagen und ohne Abstriche durchzusetzen.

„Wahlfreiheit ?“

Pressemitteilung 17. Dez. 2013

Aus dem Dunstkreis der katholischen Kirche Luxemburgs wird derzeit mit dem populistischen Scheinargument der „Wahlfreiheit“ gegen das Regierungsprojekt eines gemeinsamen Werte- oder Ethikunterrichts für alle Schüler gewettert.

Das Beibehalten der aktuellen Aufteilung der Schüler in den katholischen Religionsunterricht und die nicht-religiöse Laienmoral, wie es die katholische Kirche fordert, hat allerdings rein gar nichts mit Wahlfreiheit zu tun. Im Gegenteil: Religionsunterricht dient der Missionierung, die Bestandteil aller christlichen Religionen ist. Ziel ist, dass alle Kinder eine bestimmte Religion „glauben“, und zwar die katholische. Der Staat sollte die religiöse Beeinflussung von Kindern aber nicht weiter fördern. Deshalb ist Religionsunterricht in der Schule nicht mehr zeitgemäß.

Von den Gegnern des gemeinsamen Ethikunterrichts wird zudem tunlichst verschwiegen, dass es bei der ganzen Diskussion nicht um die Freiheit der Eltern geht, sondern um die freie geistige Entwicklung der Kinder in einer pluralistischen Gesellschaft. Wahre Wahlfreiheit kann deshalb nur darin bestehen, die Kinder in einem neutralen Rahmen mit verschiedenen Weltansichten, ob religiös oder nicht-religiös, zu konfrontieren, damit sie ihren eigenen Weg zu ihrer persönlichen Weltansicht finden können. Dieser Anforderung kann nur ein konfessionsfreier gemeinsamer Ethikunterricht gerecht werden. (Hierbei sei klar gesagt, dass letzterer neben Weltanschauungen natürlich noch viele andere Bereiche im Rahmen der Wertevermittlung thematisieren muss.)

Ein solcher Ethikunterricht hat im Gegensatz zur Aufteilung der Schüler in einen katholischen, muslimischen, jüdischen, atheistischen (usw.) Unterricht den weiteren Vorteil, dass die Kinder eben gerade bei der Wertevermittlung zusammengehalten, anstelle aufgrund der weltanschaulichen Überzeugungen ihrer Eltern voneinander getrennt werden, was den Zusammenhalt in einer pluralistischen Gesellschaft langfristig gefährden würde. Genauso irrsinnig wie es wäre, beim Fach „Economie politique“ die Schülerinnen auf Grund der Parteikarte ihrer Eltern in einen

kommunistischen, liberalen, sozialistischen oder ökologischen Unterricht aufzuteilen.

Aus diesen Gründen gratuliert AHA der neuen Regierung, dass sie sich im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie einer freien geistigen Entwicklung der Kinder um eine rasche und konsequente Umsetzung des gemeinsamen Ethikunterrichts bemüht. AHA geht davon aus, dass sich die Regierung nicht von populistischen religiösen Pseudoargumenten beeinflussen lässt.

FINANZBERICHT 2011

Finanzbericht 2011		
CCPL	Einnahmen	Ausgaben
Internationale Mitgliedschaften	0,00	120,09
Konferenzen	590,00	940,00
Bankgebühren	0,00	12,80
Oekofoire	17,25	892,46
Werbeaktionen - Buskampagne	0,00	6494,25
Werbeaktionen - andere	0,00	2517,35
Sekretariatskosten	0,00	1877,51
Pressebeiträge	122,00	0,00
Mitgliedsbeiträge	7519,22	0,00
Spenden	6640,00	0,00
Total	14888,47	12854,46
Resultat CCPL	+ 2034,01	
Paypal	Einnahmen	Ausgaben
Bankgebühren	0,00	57,79
Mitgliedsbeiträge	715,00	0,00
Spenden	251,00	0,00
Paypal Rückzahlung	6,00	0,00
Total	972,00	57,79
Resultat Paypal	+ 914,21	
Total 2011	01.01.2011	31.12.2011
CCPL	6781,65	8815,66
Paypal	0,00	914,21
Gesamt	6781,65	9729,87
Resultat	+ 2948,22	
Der Finanzbericht wurde von der Generalversammlung 2012 gutgeheißen.		

FINANZBERICHT 2012

Finanzbericht 2012		
CCPL	Einnahmen	Ausgaben
Internationale Mitgliedschaften	0,00	150,00
Kosten Generalversammlung 2011	0,00	358,00
Kosten Generalversammlung 2012	0,00	165,00
Bankgebühren	0,00	1,80
Huesefest 2012	0,00	4336,89
Petanque 2012	0,00	125,00
Sekretariatskosten	0,00	180,77
Verkauf T-shirts	390,00	0,00
Konferenzen	839,00	1353,00
Veröffentlichungen	0,00	2300
Versand (Portokosten)	0,00	2159,21
Rückzahlungen	0,00	19,80
Winterfest-Karten 2012	0,00	2075,75
Kosten Webseiten	0	182,85
Mitgliedsbeiträge	12891,50	0,00
Spenden	2223,81	0,00
Transfer von Paypal	914,21	0,00
Total	17258,52	13408,07
Resultat CCPL	+ 3850,45	
Paypal	Einnahmen	Ausgaben
Transfer zum CCPL	0,00	914,21
Total	0,00	914,21
Resultat Paypal	- 914,21	
Total 2012	01.01.2012	31.12.2012
CCPL	8815,66	12666,11
Paypal	914,21	0,00
Gesamt	9729,87	12666,11
Resultat	+ 2936,24	
Der Finanzbericht wurde von der Generalversammlung 2013 gutgeheißen.		

Verwaltungsrat von AHA Lëtzebuerg

Stand 2014



Dr. Laurent Schley
Präsident



Taina Bofferding
Vizepräsidentin



Manuel Huss
Generalsekretär



Dr. Bob Reuter
Schatzmeister



Patrick Brücher
Mitglied



Dr. Jean-Marc Cloos
Mitglied



Jerome Faber
Mitglied



Dr. Jean-Paul Lickes
Mitglied



Dr. Fiona Lorenz
Mitglied



Anne Tescher
Mitglied



Poi Wirtz
Mitglied

Impressum

Tätigkeitsbericht 2012/2013 der Allianz vun Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg a.s.b.l.

Adresse Postale : B.P. 1013, L-1010 Luxembourg

Siège social : 1, rue Guillaume de Machault, L-2111 Luxembourg

CCPLLULL: LU56 1111 3101 1809 0000

R.C.S.L.: F8374

www.aha.lu

info@aha.lu



Selwer denken
ass och e Choix !

www.AHA.lu